

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Bezugs- und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählbar 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteinst. 13/14.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.
 Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag, den 21. September 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutsch-österreichische Aktion gegen serbische Stellungen.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 20. September. (W. Z. B.) Die Mitteilung des Großen Generalstabes von gestern Abend besagt: In dem Seengebiet westlich von Dinaburg dauern die hartnäckigen Kämpfe an. Seitige Angriffe des Feindes in der Gegend von Ilust wurden zurückgewiesen und der Feind mit großen Verlusten in seine Schützengräben zurückgeworfen. Nach sehr heftigem Geschützfeuer griff der Feind an und besetzte das Dorf Stociki in der Gegend der Eisenbahn westlich von Ilust. In der Gegend zwischen dem See von Schiffschirj und Drille machte der Feind Sturmangriffe gegen das Dorf Imbrody. Unsere Verschanzungen wurden zerstört und unsere Abteilungen daraus rückwärts getrieben. Feindliche Kavallerie, welche den Driswiatafluß in der Umgegend des Sees von Bogin (Vae Boginskoi) zwischen Kuvitschi und Kossiam zu überschreiten versuchte, wurde zurückgeworfen. Eine feindliche Abteilung versuchte den Bahnhof Molodetschno zu besetzen, wurde aber gleichfalls zurückgewiesen. In dem Kampfe um das Dorf Solz an der Eisenbahn von Nowo-Wileisk nach Molodetschno wurde der Feind aus dem Dorfe verdrängt. An verschiedenen Stellen der mittleren Wilja und in der Umgegend von Wilna gehen deutsche Abteilungen auf das linke Flußufer über. Eine Reihe von feindlichen Angriffen auf unsere Front westlich von dem Bahnabschnitt Winjafony-Lida wurden mit großen Verlusten für den Feind abgewiesen. Auf dem rechten Lebadaufer einige Gefechte von örtlichem Charakter. An der Szcara entspannen sich an vielen Stellen Kämpfe um einen Flußübergang. Bei Borotshie, nördlich von Slonim, zerstörte unsere Artillerie eine feindliche Schiffsbrücke, von welcher ein großer Teil sank. Teile der feindlichen Truppen, welche übergesetzt waren, wurden gefangen genommen. Der Feind, welcher südlich von Slonim bei der Meierei Ryszcziczja überging, wurde angegriffen. Wir nutzten die Zwangslage des Feindes, seine Truppen abteilungsweise in den Kampf werfen zu müssen, mit Erfolg aus, und der Feind, welcher das auf dem rechten Flußufer besetzte Gelände festhielt, erlitt empfindliche Verluste. An der Südtrecke des Dginskkanals wurden Angriffe der Deutschen gegen das Dorf Scholowka zurückgewiesen. In den Bajonettkämpfen wurde ein Teil der Deutschen erstochen. Das Dorf Logischin in derselben Gegend wurde vom Feinde besetzt. Berühmteste feindliche Stellungen bei Nowoselky, nordöstlich von Polki (Kolk?) wurde in der Front angegriffen und zugleich umgangen. Der Feind wurde daraus verdrängt. Auf der Verfolgung löschten unsere Truppen den Brand der Brücke über den Styr, welche der Feind angezündet hatte. Ein Teil unserer Streitkräfte umging den sich zurückziehenden Feind von neuem und zwang ihn, sich in einen Wald zu flüchten. Wir besetzten das Dorf Kolk.

Auf der Front westlich des Stubjelsflusses und an der Linie Dubno-Krenenec griffen unsere Truppen den Feind an vielen Stellen an und machten feindliche Abteilungen zu Gefangenen, indem sie sich bemühten, von der in den Reihen des Feindes häufig gewordenen Unordnung Nutzen zu ziehen. An der Seretshfront dauern Gefechte von örtlichem Charakter in der unmittelbaren Nachbarschaft des Flusses fort. Zu bemerken ist, daß ein Zug von uns bei dem Dorfe Zakowitschi am Strumen, südlich von Pinsk, ein deutsches Bataillon bis auf fünfhundert Schritt herankommen ließ und dann ungefähr zwei Kompagnien des Feindes durch Maschinengewehrfeuer vernichtete. In der Umgegend von Kolk ereignete sich der Fall, daß unsere Kavallerie Verschanzungen des Feindes mit Drahtverhauen angriff, Maschinengewehre wegnahm und gegen hundert Gefangene machte, selbst aber nur unbedeutende Verluste erlitt. Bei dem Dorfe Kufki, nördlich von Kolk, jagte eine russische Schwadron eine österreichische Schwadron in einen Sumpf, machte fünfzig Gefangene, nahm die Feldstücke und die Bagage fort und zog fünfzig Pferde aus dem Sumpfe, die übrigen kamen um. Nach Aussage österreichischer Gefangener ereigneten sich während der letzten Operation Fälle, wo ganze Abteilungen mehrere Tage an einem Plage bleiben mußten, um die Artillerie aus dem Sumpf zu ziehen. Vom Stochow wird ein Fall gemeldet, daß Oesterreicher sich als Bauern verkleideten, um so den Fluß zu überschreiten und Maschinengewehre in Stellung zu bringen.

Arbeiterversammlungen in Petersburg.

Kopenhagen, 20. September. (Z. N.) Nach der „Nyetich“ wurden in Petersburg in der Vorwoche große Arbeiterversammlungen abgehalten, in denen die Bildung einer großen Arbeiterorganisation der Berufsverbände und Fachvereine beraten wurde. Die Polizei schritt ein. Aber trotz der polizeilichen Aufforderungen, die Versammlungen zu schließen, wurden dieselben fortgesetzt. Die Polizei unterließ die Anwendung von Gewalt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. September 1915. (W. Z. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
 Feindliche Schiffe, die Westende und Middellerte (südwestlich von Dinde) erfolglos beschossen, zogen sich vor unserem Feuer zurück; es wurden Treffer beobachtet. An der Front keine besonderen Ereignisse.
 Westlich von St. Ouentin wurde ein englisches Flugzeug durch einen deutschen Kampfflieger abgeschossen: der Führer ist tot, der Beobachter gefangen genommen.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
 Im Brückenkopf von Dinaburg mußte der Feind vor unserem Angriff von Nowo-Melkandrowsk in eine rückwärtige Stellung weichen. Es wurden 550 Gefangene gemacht. Bei Smorgon versuchte der Gegner durchzubrechen: er wurde abgeschlagen. Der Angriff gegen den aus der Gegend Wilna abziehenden Gegner ist im Gange. Auch weiter südlich folgen unsere Truppen dem weichenden Feinde. Die Linie Rjedniki-Lida-Soljaue (am Njemen) ist erreicht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Der Gegner leistete nur vorübergehend an einzelnen Stellen Widerstand. Die Heeresgruppe erreichte den Molezadz-Abschnitt bei Dworzec und südöstlich und nähert sich mit dem rechten Flügel dem Ryschanka-Abschnitt.
 Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
 Der Feind ist überall weiter zurückgedrängt.
Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Bei kleineren Gefechten machten die deutschen Truppen über hundert Gefangene. Vom nördlichen Donauer nahm deutsche Artillerie den Kampf gegen serbische Stellungen südlich des Stromes bei Semendria auf. Der Feind wurde vertrieben und seine Geschütze zum Schweigen gebracht.
 Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. September. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 20. September 1915.
Russischer Kriegsschauplatz.
 Unsere Stellungen im Raume östlich von Luck wurden gestern wiederholt von starken russischen Kräften angegriffen. Unsere Truppen, unter ihnen Engländer und westböhmische Landwehr - schlugen den Feind überall an vielen Punkten im Kampf Mann gegen Mann zurück. Auch gegen unsere Ilwafront führten die Russen im Abschnitt bei Krzemieniec starke Kolonnen zum Angriff vor. An einzelnen Stellen gelang es den Feind, das Westufer der Ilwa zu gewinnen, aber unsere herbeieilenden Reserven warfen ihn überall zurück. Der Feind erlitt besonders durch unser Artilleriefeuer große Verluste. Die bis gestern Abend eingebrachten Gefangenen zählen über tausend. Das Infanterieregiment von Hindenburg hat neuerlich Proben seiner Kampftüchtigkeit abgelegt.
 In Ostgalizien herrschte Ruhe. Die Lage ist dort unverändert.
 Die in Litauen kämpfenden I. und I. Streitkräfte haben das Ostufer der Luchozwa gewonnen.
Italienischer Kriegsschauplatz.
 Im Tiroler Grenzgebiet versuchten sich die Italiener stellenweise in fruchtlosen Hochgebirgsunternehmungen namentlich im Adamello- und Dolomitengebiete. An der Rätiner Front ist die Lage unverändert. Im Fliischer Becken gingen die Reste der feindlichen Angriffstruppen aus unserem näheren Schußbereich in ihre alten Stellungen zurück. Einer unserer Flieger belegte den Bahnhof und das Lager von Arfers mit Bomben.
Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Oesterreichisch-ungarische und deutsche Batterien haben gestern die serbische Stellungen am Süduser der Save und der Donau beschossen, auch die Festung Belgrad stand unter unserem Feuer. In der Nähe der Drinamündung wurden von unseren Truppen serbische vorgehobene Abteilungen überfallen und ausgerieben.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Doerer, Feldmarschalleutnant.

Keine Kartoffelhöchstpreise?

Der „Lokal-Anzeiger“ meldet, daß in diesem Erntejahr das übel bekannte freie Spiel der Kräfte die Kartoffelpreise ohne Hemmung durch die Staatsgewalt treiben soll:
 „Die Aussichten für die diesmalige Kartoffelernte sind bekanntlich durchaus befriedigend. Höchstens wäre noch etwas Sonne für den Rest der Ernte erwünscht. Die Regierung steht in der Kartoffelfrage diesmal dauernd auf Wachposten und hält enge Fühlung mit den Organisationen der Nahrungsmittelversorgung. Gutem Vernehmen nach dürfte die Sicherstellung der Städte durch rechtzeitige freiwillige Anläufe unter Zugrundelegung einer für jeden Stadtbezirk bereitzustellenden Menge das nächste Ziel der Regierungsmassnahmen bilden. Dagegen werden die von verschiedenen Seiten gegebenen Anregungen, die Kartoffeln im Interesse einer billigen Preislage zu beschlagnahmen und Höchstpreise festzusetzen, kaum Erfolg haben. Im zweiten Kriegsjahre sollen die Fehler der früheren Kampagne vermieden werden. Die Beschlagnahme der Kartoffelbörse, die in Wien liegen, ist praktisch nicht durchführbar. Die Festsetzung von Höchstpreisen aber ist ein zweischneidiges Schwert. Bei allzu niedrigen Höchstpreisen halten die Landwirte die Kartoffeln zurück, um sie zu veräußern. Das haben die Erfahrungen des Vorjahres reichlich dargetan. In Würdigung dieser Gesichtspunkte ist die Regierung diesmal Zwangsmassregeln gänzlich abhold und wird es bei dem freien Spiel der Kräfte so weit als möglich betenden lassen.“
 Da die Beschlagnahme nicht riskiert wird und Höchstpreise ohne Beschlagnahme nicht voll wirksam sind, so sollen Höchstpreise überhaupt nicht festgesetzt werden. Die Regierung will nicht die Fehler des Vorjahres wiederholen. Ein guter Vorjahrs, aus tiefstem Herzensgrund zu loben und zu preisen! Aber um diese Fehler nicht zu wiederholen, läßt die Regierung dem freien Spiel der Kräfte weiten Raum, obwohl sich im Vorjahr die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffes und die Gefährlichkeit des freien Spiels der Kräfte mit so überzeugender Klarheit geoffenbart haben.
 Die Beschlagnahme läßt sich durchführen. Die Kartoffeln mögen bei den Landwirten gegen niedrige Preisauflage für Lagerung liegen bleiben, aber die Verkaufsfreiheit sei beschränkt.
 Der Staatssekretär Dr. Deibrück hat diese Möglichkeit selbst im Reichstage zugegeben, indem er mit ihr für den Fall drohte, daß alle anderen Mittel versagten. Warum soll sie nicht sofort angewendet werden, so lange noch Zeit ist und die Preise niedrig sind? Will die Regierung warten, bis die unerhörte Teuerung der wichtigsten Lebensmittel, verschärft noch durch die Teuerung der Feuerungsmittel den zweiten Kriegswinter zu einer großen Katastrophe für breite Volksschichten macht?
 Auch die Notwendigkeit Kartoffeln zu veräußern, ist kein Hindernis. Diese Schwierigkeit ist bei der staatlich organisierten Getreideversorgung durch Aussonderung des Hinterforns überwunden worden. Ebenso ist dies bei der Kartoffelversorgung möglich; die Beschlagnahme kann sich vielleicht auf die Betriebe beschränken, die, sei es nach ihrer Größe, sei es nach ihren zu überprüfenden Angaben des Ertrages und des Eigenverbrauchs vorwiegend für den Markt produzieren.
 Die Städte sollen einspringen, die viel geplagten! Ihnen soll das sonst Unmögliche möglich sein. Kartoffeln zu lagern. Sie sollen die finanziellen Lasten dieser neuen Aufgabe tragen. Gewiß: sie sollen es, sie müssen es und sie werden es. Aber die Regierung verlangt zu viel, wenn sie die Gemeinden mit neuen Aufgaben belastet und selbst dem freien Spiel der Kräfte gemächlich zusieht.
 Wenn die Städte sich mit Kartoffeln eindecken sollen, so müssen sie Kartoffeln haben. Die Bundesratsverordnung gegen Wucherpreise bietet keine Handhabe. Sie ermöglicht nicht, die im Reich vorhandenen Kartoffelbörse festzustellen und nach dem Gesamtbedarf systematisch zu verteilen.
 Das freie Spiel der Kräfte zwingt die Gemeinden, unter der Hand zu kaufen, d. h., wie der Berliner Oberbürgermeister richtig gesagt hat, unter der Hand die Preise zu treiben! Denn die Aufkäufer der einzelnen Gemeinden lizitieren im Wettbewerb miteinander die Preise in die Höhe.
 Dann hilft die Verordnung gegen Wucherpreise erst recht nichts. Bestraft wird, wer Preise fordert, die nach den gesamten Verhältnissen, besonders der Marktlage, übermäßig sind. Das ist die dehnbarste Kautschukbestimmung, die eine einheitliche Rechtspredung höchst erschwert. Aber selbst der strengste Richter ist gegen den Einwand des Wucherers wehrlos, der sich auf die „Marktlage“ beruft. Denn auf dem Markt werden die Preise getrieben, wenn die Regierung dem freien Spiel der Kräfte ungehemmten Lauf läßt und die Gemeinden zugleich zu Massenkäufen verpflichtet. Was sich auf dem Schweinemarkt abgespielt hat, soll sich auf dem Kartoffelmarkt wiederholen!

Der „Lokal-Anzeiger“ spricht seinen Lesern mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Lage des Kartoffelmarktes einen schlechten Trost zu. Welcher Redakteur des „Lokal-Anzeigers“ möchte sich wohl persönlich verbürgen, daß die Kartoffelpreise weiter sinken, wenn die Ernte eingebracht ist und die Käuferer ihr unheilvolles Wert begonnen haben?

Darum bleibt nichts übrig als Beschlagnahme und Festsetzung niedriger Höchstpreise.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. September. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. Im Artois im Abschnitt Neuville-Rocincourt fand während eines Teiles der Nacht Kampf mit Bomben und Handgranaten sowie Gewehr- und Artilleriefeuer statt. Südlich von Arras im Gebiet Bailly-Bretencourt ziemlich lebhaft Kanonade und Gewehrfeuer von Schützengräben zu Schützengräben. Im Gebiet von Fay südwestlich von Péronne sprengten die Deutschen eine sehr starke Mine und unternahm sodann einen Angriff, der durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer zurückgeworfen wurde. Einige Gefangene blieben in unseren Händen. Im Gebiet von Rove verließ die Nacht ohne Infanteriegeschäfte. Unsere Batterien nahmen sich die feindlichen Maschinengewehre in den Truppenquartieren hinter der Front zum Ziel. Zwischen Duse und Wisne nördlich von Fontenoy dauert der Kampf mit Schützengräben-Kampfmitteln sowie das Gewehrfeuer mit gelegentlichem Artilleriegeschüssen an. Im Gebiet von Berry-au-Bac, in der Champagne, nördlich des Lagers von Chalons andauernd scharfe Tätigkeit beider Artillerien. Gestern Abend wurde eine deutsche Flugabwehrkanone östlich Saint Mihiel außer Gefecht gesetzt. In den Vogesen Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. Kanonade im Tal von Sondernach.

Paris, 20. September. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Während die englische Flotte die deutschen Anlagen an der belgischen Küste beschuß, handelte unsere schwere Artillerie im Gebiete von Neuport in Verbindung mit ihr, indem sie die Küstenbatterien unter Feuer nahm, die das Feuer der englischen Schiffe erwiderten.

Auf der Front im Artois nahm das Feuer des Feindes an Stärke ab. Unsere Artillerie setzte die Beschichtung der deutschen Schanzwerke und Batterien fort. Im Gebiete von Rove Geschützfeuer und Kampf mit Bomben. Am Wisne-Warne-Kanal behaupteten wir unseren Brückenkopf von Sapigneul trotz drei deutschen Angriffen. In der Champagne erwiderte der Feind nur schwach das Feuer unserer Batterien. Er beschuß heftig das Gebiet zwischen der Wisne und den Argonnen. Auf den Naashöhen, besonders im Gebiete des Calonnegrabens, im Walde von Apremont, nördlich von Flirey, in Lothringen und in den Vogesen schien unser Zerströmungsfeuer gegen die deutschen Anlagen besonders wirksam zu sein. Während des Tages flogen vier feindliche Munitionslager in die Luft. Bei Saint Mihiel wurde ein deutsches Flugzeug von unserer Sperrfeuer eingeschossen und von einem unserer Flugzeuge mit Maschinengewehrschüssen angegriffen. Das deutsche Flugzeug fiel plötzlich.

Frenchs Meldung.

London, 20. September. (B. L. B.) Feldmarschall French meldet: Seit dem Bericht vom 15. September fanden keine Veränderungen an der Front statt. Auf beiden Seiten wurde eifrig mit Minen gearbeitet. Westlich von Sporn war sowohl unsere Artillerie wie die des Feindes am Werke.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 19. September. (B. L. B.) Amtlicher Heeresbericht. In der Gegend nordöstlich von Asiero griff der Feind unsere Stellung am Birtshaus von Fiorentini an, wurde jedoch zurückgeschlagen. Er versuchte auch den Baragnawald in Brand zu stecken, von dessen Saum aus unsere Schützenlinien die Ausbesserungsarbeiten am Fort Bezzena hemmten. Der Versuch scheiterte ebenfalls dank der Wachsamkeit unserer Soldaten und dem raschen Eingreifen der Artillerie. Auf dem Karst hatte sich der Feind im Innern des Waldes, der „Nuseifen“ genannt wird, in der Gegend des

Kinder der Not.

den 13. September 1915.

Herzerreißende Szenen erlebte ich im vergangenen Jahre in Ostpreußen, als die Zivilbevölkerung vor den hereinbrechenden Russen floh. Frauen, Kinder, Greise und Greisinnen, manche krank und elend, strebten den Bahnhöfen oder den großen nach dem Innern des Landes führenden Straßen zu. Durch Sturm, Regen, Schnee und Eis, Hunger und Kälte, suchten sie das Heil in der Flucht. Die Hügel konnten die Massen nicht schnell genug fort-schaffen. Wälder, Höhlen, Schuppen waren für viele Tausende von Flüchtlingen die Wohnung während langer Stunden und Tage. Fürsorgbar litten die Kinder und Kranken; viele von ihnen holte der Tod. Nicht nur auf den Schlachtfeldern, auch hier brach er wie der würgende Wolf in die Schafherde ein, grinsend nach seinen Opfern greifend. Groß war das Leid der gequälten Menschen.

Und doch hat das böse Schicksal andere noch schwerer, noch un-barmherziger, noch viel schmerzender getroffen. Die ostpreussischen Flüchtlinge brachten sich vor dem Kriegsgegner Deutschlands in Sicherheit; wer nicht flüchtete, litt unter der drückenden Faust und rohen Kriegsgewalt des Landesfeindes; aber all den Leidenden streckten sich aus Deutschland hilfsbereite Hände entgegen; ihnen schlugen mitfühlende Herzen, und nun ist Ostpreußen das Sorgenkind des ganzen Reiches.

Tiefere Wunden schlug der Krieg den Polen, Litauern, Juden, Letzen und Deutschen in dem von Deutschen besetzten russischen Gebiet. Auch hier floh eine Anzahl von Einwohnern vor dem anmarschierenden Feinde. Dazu gehörte die russische Beamten-schaft. Auch die Polizeibürokratie in Jibiv, die sich als Portiers, Haus-verwalter usw. bei den Nichtrussen einmischten, schlossen sich dem Zuge der Flüchtlinge an. Mit ihnen zogen die meisten der auf den sozialen Höhen Wandelnden, die reichen Polen, Juden, Litauer, Letzen. Deren Sorgen und Interessen sind andere als die der Besitzlosen. Sie fühlen sich enger mit dem zarischen System als mit dem Schicksal ihrer eigenen Landsleute verbunden. Von der ärmeren Bevölkerung Polens, Litauens und Russlands stießen nur wenige vor den anmarschierenden Deutschen. Viele erhofften von diesen vielmehr Erlösung von hartem Druck; sie glaubten, im „Feind“ ihrer Regierung den helfenden Freund begrüßen zu dürfen. Aber Tausende, Zehntausende, Hunderttausende von der Zivilbevölkerung in Rußland, Litauen und Polen wurden von den Russen betrieben nach Rußland hinein. Nicht aus Sorge um ihre Sicherheit und ihr Wohl; unter Drohungen und mit roher Gewalt hefte man sie von Haus und Hof, von der heimatischen Scholle, in eine ungewisse düstere Zukunft hinein. Oft ließ man ihnen kaum Zeit, das Allernotwendigste mitzunehmen. Wenn sie zurückkehrten, finden sie ihr Eigentum veräußert, zerstört, fortgeschleppt.

Monte Michele stark verschanzt. Unserer Infanterie gelang es, durch Ueberfälle und Angriffe starker Kräfte nach und nach den ganzen Wald zu besetzen, obwohl der Gegner in wiederholten Gegenangriffen starken Widerstand leistete. Man meldet ein hinterlistiges Vorgehen feindlicher Truppen, die sich scheinbar ergeben wollten und auf diese Weise eine kleine Abteilung unserer Soldaten in den Hinterhalt zu locken vermochten, worauf sie ihnen starke Verluste zufügten. Unsere Luftschiffe führten einen Angriff auf das feindliche Flugfeld von Asowitza aus, wo sie 40 Bomben abwarfen. Sie beschossen auch die Eisenbahnlinie und die Eisenbahnüberführung von Nabresina. Die Luftschiffe kehrten unverfehrt in unsere Linien zurück. Zur Vergeltung warfen feindliche Flieger einige Bomben auf offene Dörfer wie Asjaga und Bassano, verwundeten eine sehr kleine Zahl von Zivilpersonen und verursachten leichten Materialschaden. Es wurde keine Militärperson getroffen.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. September. (B. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Dardanellenfront griffen unsere Wasserflugzeuge den Hafen von Kesalo auf der Insel Imbros an und trafen ein großes feindliches Transportschiff, auf dem sofort Feuer ausbrach. Eine Wasserfäule stieg gleichzeitig auf. Bei Anafarta verjagten in der Nacht des 18. September unsere Erkundungsabteilungen diejenigen des Feindes und warfen mit Erfolg Bomben in die feindlichen Schützengräben. Sie erbeuteten Gewehre und Kriegsmaterial. Am 18. September beschuß unsere Artillerie wirksam die feindlichen Lager bei Kemikli Liman. Bei Ari Burun nichts Wichtiges. Bei Sedd ul Bahr brachte unsere Artillerie durch kräftige Erwidrerung die feindliche Artillerie zum Schweigen, die unsere Stellungen im Zentrum beschossen hatte. Unsere Erkundungsabteilungen näherten sich den feindlichen Gräben bei Kerevizdere und warfen mit guter Wirkung Bomben. Unsere Küstenbatterien beschossen am Vormittag des 18. September die Lager und Stellungen der feindlichen Infanterie und Artillerie bei Sedd ul Bahr. Bei einer Batterie schwerer Kanonen entstand eine heftige Explosion, und wir sahen eine Menge Ambulanzwagen nach diesem Orte eilen. Am Nachmittag beschossen ein Kriegsschiff von der Klasse Patrie sowie die feindlichen Batterien des Festlandes bei Sedd ul Bahr eine Stunde lang unsere Küstenbatterien, ohne Schaden anzurichten.

Von den anderen Stellen der Front ist nichts zu melden.

Die deutsch-amerikanische Entspannung.

New York, 3. September 1915. (Fig. Ber.)

Die kluge Nachgiebigkeit der deutschen Regierung in der Lauchboosfrage hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen mit einem Schlage verändert. Der gehässige Ton, der seit Monaten von der amerikanischen Presse gegen Deutschland und alles Deutsche angeschlagen wurde, ist fast verschwunden, und der deutsche Botschafter, dessen Rückberufung man vor kurzem noch verlangte, erhält heute kaum weniger Lob als der Präsident Wilson selbst. Die Amerikaner betrachten den Ausgang der Streitigkeit als einen großen diplomatischen Sieg, und diese Erkenntnis schmeichelt in außerordentlicher Weise dem Nationalgefühl eines Volkes, das bisher auf der internationalen Schaubühne keine seiner Größe und seinem Reichtum angemessene Rolle gespielt hat. Der diplomatische Sieg hat das Ansehen des Präsidenten mächtig gesteigert, so daß heute seine Aussichten, wiedergewählt zu werden, sehr gut sind.

Zweifelsohne ist dies ein Sieg, der keine Erbitterung hinter sich lassen wird. Deutschland opferte nichts, was ihm rechtlich zuzumutet. Es verpflichtet sich, die internationale Praxis in bezug auf die Rettung neutraler Fahrgäste auf feindlichen Passagierdampfern einzuhalten. Nur eine starke Nation, meint ein New Yorker Blatt, konnte sich zu dieser Nachgiebigkeit verstehen. Doch was heute vornehmlich als ein großer diplomatischer Sieg Amerikas erscheint, wird in der nahen Zukunft wahrscheinlich ein ganz anderes Aussehen bekommen. Das Wertvollste an dem amerikanischen Siege

Einige entzogen sich dem Räumungsbefehl durch die Flucht ins Nachgebiet der Deutschen. In die Wälder krochen sie hinein; in Schlupfwinkeln suchten sie Schutz vor der russischen Faust. Des Jaren Untertanen wurden in zahlreichen Fällen von Soldaten des Jaren wie Feinde behandelt, mißhandelt und ausgeplündert. In Rußland, Polen und Litauen traf ich viele Einwohner, denen man nichts gelassen hatte, kein Stück Vieh, kein Duhn, kein Brot; ja, es passierte mir sogar, daß die Leute nicht mal mehr ein Krümchen Salz im Hause hatten. — „Ruhst alles fort.“ Das war die Klage der bebauerten Menschen, von denen manche tränenden Augen um ein Stückchen Brot baten.

Sobald die Russen aus einem Ort vertrieben worden waren, kamen die feindlichen Flüchtlinge zurück. Einige auf kleinen Wagen, die ihre geringe Habe mitführend, eine Anzahl Frauen, Kinder, die gerettete Habe auf dem Rücken schleppend, andere mit leeren Händen. So ziehen sie in ihre meist verwüsteten Wohnungen wieder ein. — „Ruhst kaputt.“ — Der Feind ist da; sie kommen zurück, sie hoffen, nun wenigstens der Gefahr der Verschleppung entronnen zu sein. Aber viele stehen vor dem Nichts; nicht tröstet sie der Gedanke, Rußland wird für uns sorgen, wird uns für den Verlust an Hab und Gut entschädigen! Von Rußland, von ihrer Regierung, fürchten sie nur Lebles. In die Wunden, die der Krieg ihnen schlug, träufelt nicht der Balsam der Gerechtigkeit, daß Rußland für sie die helfende Hand öffnen werde. Das ist bitter. Vor dem Gefühl solcher Verlassenheit sind die Ostpreußen geschüttelt. Aber auch ihr seelisches Leid reicht an das unzähliger Polen, Litauer und Juden nicht heran. Im russischen Heere dienen viele Polen, Polen und Litauer. Sie kämpfen, litten, bluteten und starben für Rußland, und dasselbe Rußland hegt ihre Väter, Brüder, Verwandte und Freunde, verübt an der jüdischen Bevölkerung alle Grauel der Pogroms.

Welche Gefühle müssen diese Soldaten beherrschen, wenn sie an das Los ihrer Angehörigen denken, welche Qual für die Daheim-gebliebenen, wenn sie daran denken, daß ihre Freunde und Verwandten für Rußland, das sie quält und peinigt, die Entbehrungen und Gefahren des Kriegsdienstes erdulden müssen. Grau, öde, unheilvoll starrt ihnen die Zukunft entgegen. Was haben sie zu erwarten, was zu erhoffen, was bringt der Frieden? Die da starben, konnten nicht einmal die Fiktion mit ins Grab nehmen, der Krieg dringe ihrem Volke Befreiung, Erlösung. Die Toten werden nicht lebendig, den Lebenden leuchtet nicht die Sonne einer glücklicheren Zukunft. Was sie in jahrzehntelanger Arbeit erwarben, das vernichtete der Krieg; dafür starben ihre Männer, Väter, Söhne und Brüder unter Rußlands Fahnen, dafür durchlitten sie alle Schreden, Leiden und Qualen des Krieges. Unendlich härter traf seine schwere Faust die Polen, Litauen und vor allem die Juden im Jarenreich als die Ostpreußen.

D a w e II, Kriegsberichterstatter.

ist nämlich, daß England am meisten dadurch beunruhigt worden ist. England hatte stets das größte Interesse daran, daß der deutsch-amerikanische Konflikt fortbestehe; denn so lange dies der Fall war, mußte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes durch den an dramatischen Ereignissen reichen Unterseebootkrieg gefesselt werden, während die englische Admiralität fast un-bemerkt eine ihr unbequeme Bestimmung nach der anderen aus dem Rodey des internationalen Rechts strich. Das ist nun anders geworden. Die amerikanische Presse konstatiert einen wolkenlosen Himmel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Nunmehr werden sich die Diplomaten Washingtons umgestört den Problemen zuwenden können, die die englische Blockade geschaffen hat. Daß sie entschieden auf die von den Engländern verletzten amerikanischen Rechte, mit Deutschland und den Neutralen Handel treiben zu dürfen, bestehen werden, steht für den, der die geschäftstüchtigen Yankee etwas kennt, vollkommen fest. Freundschaft und Profit sind zwei verschiedene Dinge. Jedenfalls machen sich die Engländer über die Verschiedenartigkeit dieser Begriffe keine Illusionen. Gleich nach dem Bekanntwerden der Besiegung des deutsch-amerikanischen Konfliktes kam aus London die Nachricht, daß die Engländer bereit seien, deutsche Waren im Werte von 100 Millionen Dollar, die von amerikanischen Importeuren vor dem 1. März bestellt wurden und in Rotterdam lagern, frei zu geben. Dieses Entgegenkommen löst jedoch die Rechtsfrage nicht. Auch die Baumwollfrage harret dringend der Lösung. Die Kredit erleichterung, die die Regierung den Farmen verschafft hat, hat deren Schwierigkeiten nur etwas aufgehoben. Die Baumwollfarmer des Südens wählen durchweg demokratisch. Viele von ihnen drohen jetzt, bei der nächsten Wahl republikanisch oder sozialistisch zu stimmen.

Bei aller Befriedigung über den glücklichen Ausgang des deutsch-amerikanischen Streites darf man nicht vergessen, daß eine Wiederholung der Spannung, die jetzt hinter uns liegt, sehr wohl möglich ist. Präsident Wilson würde in der Streitfrage mit Deutschland nie die Unterstützung der einflussreichsten Kreise in den Vereinigten Staaten erhalten haben, wenn diesen der Zwist für ihre Rüstungspolitik nicht willkommen gewesen wäre. Dies verkennen, hieße in einem Narrenparadiese leben. Die große Frage, die die amerikanische Politik in der nächsten Zukunft beherrschen wird, ist die Rüstungsfrage. Die Republikaner werden mit aller Macht darauf dringen, daß Heer und Flotte vergrößert werden. Sie werden die Unterstützung der zahlreichen Elemente haben, die jetzt Nutzen aus der Rüstungsindustrie ziehen. Dabei sehen sie sich einer gespaltenen Demokratischen Partei gegenüber. Der demokratische Kriegsekreter geht mit den ärgsten Rüstungstreibern durch die dick und dünn; Präsident Wilson ist auch für größere Rüstungen zu haben, aber benimmt sich mehr zurückhaltend; der demokratische Führer des Hauses der Volksvertreter, Herr Ritchie, ist gegen jede Rüstungsvermehrung und erklärt sich öffentlich als Freund der kleinen Flotte; seine Ansichten werden bei der bedeutenden Gefolgschaft Bryans Anklang finden. Der Präsident wird die von ihm angekündigte Rüstungsvermehrung vielleicht nur mit Unterstützung der Republikaner durchsetzen können.

Die friedliche Beilegung der amerikanisch-deutschen Differenzen hat den Rüstungstreibern sicher kein Wasser auf die Mühlen geführt. Hat sie doch bewiesen, daß sich auch ohne gewaltigen militärischen Aufwand erfolgreich internationale Politik treiben läßt. Um so mehr werden daher die Imperialisten und Rüstungspolitiker der Vereinigten Staaten das Bedürfnis nach einer „nationalen Gefahr“, nach einem Zwischenfall, nach irgend etwas fühlen, was das Volk in der Aufregung erhält. Ein solcher Zwischenfall ist heute leicht zu beschaffen und der Stimmungswechsel läßt sich hierzulande in einer erstaunlich jähen Weise vollziehen. Gestern noch verfolgte man Deutschland mit grimmtigem Hass. Heute atmet alles Versöhnung. Morgen kann schon wieder ein anderer Umschwung eintreten. Mit den Gefühlen ist nicht zu rechnen, und Deutschland war und bleibt fürs erste der bequemste Blizableiter.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Rotterdam, 20. September. (B. L. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus New York: Amerikanische Blätter schreiben, die Frage, ob die deutsch-amerikanischen Schwierigkeiten beseitigt werden, hänge einzig und allein davon ab, ob Graf Bernstorff imlande sein werde, der deutschen Regierung die Lage vollkommen klar zu machen, auch die Aufnahme der Berichte des Botschafters in Berlin sei mitbestimmend hierfür. „Evening Post“ findet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dem Grafen Bernstorff in eifriger Stunde bemerkenswertes Vertrauen entgegengebracht habe. — „New York Tribune“ schreibt, die deutsche Regierung scheine jetzt einzusehen, daß das amerikanische Volk die Richtung der amerikanischen Politik vorkreißt, der deutschen Regierung biete sich gute Gelegenheit, sich nach dem neuen Stande der Angelegenheit zu richten.

Die englisch-französische Anleihe in Amerika.

New York, 20. September. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Anleihe, deren Betrag sich zwischen 600 und 800 Millionen Dollar stellen wird, wird von einem großen Syndikat abgeschlossen werden, die dem Syndikat Angehörigen werden eine kleine Kommission wahrscheinlich von einem halben Prozent erhalten. Die Sicherheit für die Anleihe wird durch britische und französische fünfprozentige Regierungsbonds gebildet werden. Der Uebernahmepreis wird sich auf Pari stellen.

Beschwerde Dumbas an Lansing.

New York, 20. September. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der österreichisch-ungarische Botschafter Dumba veröffentlicht einen langen Brief an den Unterstaatssekretär Lansing, in dem er sich bitter beklagt, er sei durch die Presse ungewöhnlich schlecht behandelt worden. Der Zensur habe ihn gehindert, die drahtlose Telegraphie zu benutzen. Infolge der Instruktionen, die von seiner Regierung eingelaufen, habe er es für nötig erachtet, seinen Landsleuten von der Arbeit in Munitionsfabriken abzuraten, weil sie sich dadurch des Landesverrats schuldig machten. Da es ihm so schwer gemacht worden sei, Briefe nach Österreich-Ungarn zu schicken, halte er es nicht für nötig, sich deshalb zu entschuldigen, daß er Archibald Briefe anvertraut habe.

Zum Kampf um die Wehrpflicht.

London, 20. September. Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Mitglied der Arbeiterpartei Thomas sagte in einer Rede in

Deftford, er glaube, daß Lord Ritzner auch zukünftig genug Neutaten bekommen werde, wie er sie bisher bekommen habe. Man solle dem Lande jedenfalls ausreichende Gelegenheit geben zu beweisen, daß das freiwilligen-System kein Fehlschlag gewesen sei. Das Mitglied der Arbeiterpartei Thorne sagte in einer Rede in Leicester, wenn es unmöglich sei, mit dem freiwilligen-System genug Leute zu bekommen, so werde man zu anderen Mitteln greifen. Auch der Arbeiterpartei-Redakteur Sage, der in einer sozialistischen Versammlung in Paris sprach, sagte, wenn die Dienstpflicht die einzige Möglichkeit sei, die Deutschen zu schlagen, so würde die Arbeiterpartei für die Dienstpflicht stimmen. Die große Masse des Volkes in England sei davon überzeugt, daß der Krieg bis zur endgültigen Entscheidung durchgeleitet werden müsse, schon den Deutschen selbst zuliebe, die keine freie Nation seien. Die Unterhandlungen zwischen Lloyd George und den Gewerkschaften würden zur Folge haben, daß jeder Mann in England, der jetzt noch nicht ausgebildet sei, im Frühjahr bewaffnet und ausgerüstet sein werde und daß dann ein gewaltiger Vorrat an Munition für den schließlichen Vernichtungsschlag bereitstehen würde.

London, 20. September. (B. T. B.) Lloyd George hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, die Regierung sehe vollständig ein, daß man dem Lande die Dienstpflicht auferlegen müsse, wenn aus den Riffen hervorgehe, daß dieser Zwang zum Schutze Europas gegen den Sieg des militärischen Despotismus nötig sei. Niemand werde sich, soweit er sehen könne, diesem Zwange widersetzen, und wenn es einen solchen Mann gäbe, würden die arbeitenden Massen ihn nicht unterstützen. Nur wenn England alle seine Kräfte anspanne, könne es siegen.

Ein Schwiegersohn Giolitti gemahregelt.

Rom, 16. September. (Fig. Ver.) Das „Popolo d'Italia“ meldet, daß das Ministerium die Abschaffung des Amtes eines staatlichen Chemikers für Explosivstoffe und des damit verbundenen Bureaus beschlossen hat. Auf den ersten Blick erscheint es bedenklich, daß man etwas so „Zeitgemäßes“ wie Explosivstoffe heute um eine staatliche Prüfungsstation schmälert, aber der Beschluß hat eine politische Bedeutung. Die Station wurde unter dem Ministerium Giolitti eingerichtet und einem Schwiegersohn des Premierministers, einem Ingenieur Chiaraviglio, zur Leitung übergeben. Es wurde, besonders von sozialistischer Seite, oft auf die Zwecklosigkeit der Station und auf ihre hohen, nach Zehntausenden von Lire jährlich zählenden Kosten aufmerksam gemacht. Jetzt hat man der Sache ein Ende gemacht. Wie das Kabinett Salandra nicht davor zurückgeschreckt ist, die Präzedenz abzulegen, auf die Giolitti seine Macht stützte, so macht es auch vor Maßnahmen nicht halt, die geeignet sind, den Einfluß der Familie Giolitti zu vermindern, wobei gleichzeitig eine nicht zu verachtende Ersparnis für den Staat herauskommt.

Zur Lage auf dem Balkan.

Lugano, 19. September. (Z. U.) Die italienische Presse bringt äußerst pessimistische Artikel über die Lage auf dem Balkan. Die „Idea Nazionale“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Sofia: Infolge der Truppenkonzentrationen seitens Rumäniens und Griechenlands an der bulgarischen Grenze hat das bulgarische Ministerium des Äußeren die Gesandten in Athen und Bukarest neuerdings ersucht, genaue Erklärungen über den Grund dieser Truppenverschiebungen von der griechischen und rumänischen Regierung zu verlangen.

Andere Depeschen an die italienischen Blätter melden, daß General Samow erklärt habe, daß Bulgarien jetzt nach seiner Verständigung mit der Türkei sich unter keinen Umständen auf weitere Verhandlungen mit dem Vierbündnis einlassen könne. Die Bedingungen des türkisch-bulgarischen Vertrages seien zum größten Teile erfüllt.

Die Zensur in Bulgarien.

Genf, 20. September. (Z. U.) Laut einer Meldung des „Temps“ aus Sofia, erhielten alle Buch- und Zeitungsverleger Bulgariens die Verständigung, daß sämtliche für die Drucklegung bestimmten Manuskripte dem Militärkommando vorzulegen seien.

Die türkisch-bulgarischen Abmachungen.

Budapest, 20. September. (Z. U.) Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawco teilte vorgestern den Führern der politischen Parteien mit, daß in Zukunft der Lundschafter bis zur Adrianopeler Vorstadt Karagatsch die südöstliche Grenze Bulgariens, und von dort nach Süden zu der Maritzafluß bis Enos die Grenze bilden werden. Das Bulgarien von der Türkei überlassene Gebiet beträgt etwa 2300 Quadratkilometer. — Nach einer Meldung des „Az Est“ aus Sofia erfolgte die Unterfertigung der türkisch-bulgarischen Vereinbarungen am 3. September. Gleichzeitig mit der Unterfertigung wurden auch die Modalitäten der feierlichen Uebergabe der türkischen Gebiete an Bulgarien festgestellt. — Ueber die letzten Anstrengungen der Entente wird noch berichtet: Nach Meldungen aus Nischa verlangt die Entente, um einen Ausgleich zwischen Bulgarien und Serbien betreiben zu können, von Serbien die Ueberlassung eines Gebietes von 15 000 Quadratkilometer, wofür Serbien Ersatz in Höhe von 76 000 Quadratkilometer an anderer Stelle erhalten soll.

Die Kumpf-Internationale.

Die Baumeisterliche J. A. schreibt: Ueber die in den letzten Tagen in der Schweiz stattgefundenen Konferenz von Sozialisten verschiedener Länder wird uns von einem Schweizer Parteigenossen geschrieben: Auf Vorschlag der italienischen Parteigenossen waren seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, um die „auf dem Boden des Klassenkampfes verharrenden Elemente der Internationale“ zu sammeln. Dank diesen Bemühungen wurde in der Schweiz auf einen bestimmten Tag eine Konferenz der Vertreter der sozialistischen Parteien, vorab der kriegsführenden Länder einberufen. Eine Vorkonferenz, die im Juli stattfand, hat den Redakteur der „Verner Tagwacht“, Nationalrat Robert Grimm, mit der Vorbereitung der Konferenz betraut. Zur Tagesordnung waren folgende Punkte vorgeschlagen, die von der Konferenz auch akzeptiert wurden: Mandatprüfung, Vertikale aus den einzelnen Ländern, Friedensaktion des Proletariats, Schaffung eines Aktionszentrums mit den entsprechenden Ausführungsorganen.

Die Beteiligung an der Konferenz konnte aus naheliegenden Gründen keine zahlreiche sein. Großes Kopfzerbrechen machte den Organisatoren der Konferenz die Vertretung der zahlreichen Parteigruppen und Fraktionszentren Rußlands und Polens. Im

Sinblick auf den Zweck der Konferenz mußte es vor allem vernieden werden, den einzelnen russisch-polnischen Organisationen die Möglichkeit zu geben, einige Vertreter zu entsenden. Wenn jede polnisch-russische Organisation und Fraktion die Möglichkeit gehabt hätte, mehrere Delegierten zu entsenden, hätten diese die Mehrheit an der Konferenz erhalten und man hätte es dann in der Hauptsache mit einer Rundgebung der russischen Emigration zu tun gehabt. Allerdings sollte das Abstimmungsverhältnis für alle Länder gleich gestaltet werden, unbestimmt um die Zahl der Delegierten. Um aber jeden Schein zu vermeiden, aus dem gefolgert werden könnte, es handle sich um eine der unzähligen Diskussionen russischer politischer Flüchtlinge, mußte die russisch-polnische Vertreterzahl gering sein. Dies gelang und die Zahl der russisch-polnischen Delegierten belief sich auf ein Drittel der Gesamtzahl. Wir wussten hoffen, daß die Organisatoren der Konferenz auch ernsthafte Gründe hätten, die Zahl der russischen Delegierten bis auf ein gewisses Minimum zu reduzieren. Die Verbindungen der im Auslande wirkenden russischen Parteigruppen mit den Arbeiterorganisationen Rußlands mußten ja infolge des Krieges notgedrungenweise sehr locker werden, und als Vertreter dieser Organisationen dürften die russischen Emigranten nur in sehr bedingter Form betrachtet werden.

An der Konferenz beteiligten sich 37 Personen.
Aus Frankreich: 2 Syndikalisten.
Italien: 5 Parteimitglieder.
Schweden: 2 Genossen aus der Jugendorganisation.
Holland: Henriette Roland-Holst.
der Schweiz: Grimm, Raine, Platen.
Deutschland: 10 Mitglieder der Partei.

Dem Exekutivkomitee der sozialistischen Föderation der Balkanstaaten zwei Mitglieder des Komitees: Kalowsky und Kalarow. Zwölf Delegierte der ausländischen Zentren und Redaktionen der sozialistischen Organisationen Rußlands und Polens (darunter Lenin, Agelrod, ein Delegierter der lettischen Sozialdemokratie, des jüdischen „Bund“, je ein Delegierter der drei in Betracht kommenden polnischen Gruppen usw.; unter den letzteren befand sich auch der durch und durch internationale Genosse Nadel; einige russische Gruppen waren durch zwei Delegierte vertreten). Aus England hatten mehrere Genossen ihre Teilnahme zugesagt, sie hatten aber aus ihren Vorbereitungen kein Hehl gemacht — und die Behörden verweigerten ihnen die Ausfertigung der Reisepässe. Nur dadurch erklärt sich die Abwesenheit der Engländer.

Die Verhandlungen der Konferenz waren streng vertraulich. Das Ergebnis der Beratungen ist ein Manifest an das Proletariat — ein Aufruf zum Kampf für den Frieden. Die Konferenz war erster und sachlicher als man es — wenn man die Person des Einberufers in Betracht nimmt — erwarten konnte. Im allgemeinen dürften aber die Parabelsumme eine große Enttäuschung erlebt haben.

Der Ernst der Aufgabe und das Gefühl der Verantwortlichkeit war besonders bei den deutschen Delegierten zu spüren. Die deutschen Genossen erklärten von vornherein, daß sie auf nichts eingehen würden, das ihre Partei gefährden, ernste Erörterung, geschweige denn eine Spaltung hervorrufen könnte. Bei Ausarbeitung des Manifestes lehnten sie alle bindenden konkreten Maßnahmen ab. Alles mußte der Partei selbst überlassen bleiben. Selbst prinzipielle Gegner der Kreditbewilligung, wollten sie auf der Konferenz auch in diesem Punkte keinen bindenden Beschluß zulassen. Die deutschen Delegierten gingen Hand in Hand mit den beiden Franzosen, sie waren in allem mit ihnen einig.

Es wurde eine internationale sozialistische Kommission mit dem Sitz in Bern gewählt. Mitglieder der Kommission: Grimm, Raine, Morgari. Die Kommission hat die Aufgabe, den Verkehr der einzelnen Parteien zu fördern und jegliche Annäherung der Parteien zu erleichtern; sie soll nicht das Internationale Sozialistische Bureau ersetzen und sich keine Funktionen eines Organisationszentrums aneignen. Daß in diese Institution gerade Grimm gewählt wurde, mutet allerdings etwas sonderbar an. Die Kommission soll zunächst das Manifest der Konferenz, einen kurzen Verhandlungsbericht und später unperiodisch ein Informationsbulletin herausgeben. Das Manifest wird von den namhaftesten Vertretern der Länder unterzeichnet werden; für Polen sollte Nadel zeichnen, die deutschen Delegierten aber erklärten mit aller Bestimmtheit, daß sie neben Nadels Unterschrift die ihre nicht hergeben würden, und zwar aus dem formellen Grunde, weil er aus der deutschen Partei ausgeschlossen wurde. Diesem wurde beigegeben, und der edle Name Nadel wird auf dem Manifest nicht zu lesen sein.

Unser Mitarbeiter, dessen Bericht wir unter Vorbehalt wiedergeben, meint dazu, daß sich unter den Deutschen gewiß solche befanden, die kaum als geeignet zur Behandlung der wichtigen Tagesordnung angesehen werden könnten. Im übrigen müßte man sie nicht mit demselben, sondern mit Werner Rabe messen und dann zugeben, daß sie in der Umgebung dieser Konferenz die vernünftigsten Leute waren. Im übrigen ist das Verhandlungsprotokoll und das beschlossene Manifest abzuwarten, ehe ein endgültiges Urteil gefällt werden kann.

Soweit die „J. A.“. Wir verzichten vorläufig darauf, die Art solcher Berichterstattung, die das Gegenteil von Objektivität ist, näher zu charakterisieren. Wir können das umso eher tun, als wir die publizistische Methode der Baumeisterlichen Korrespondenz einigemal niedriger hängen mußten.

Politische Uebersicht.

Beschlüsse des Bundesrats.

In der Montagigung des Bundesrats wurde dem Entwurf einer Bekanntmachung über Zuckerpreise und dem Entwurf einer Verordnung, betreffend Ergänzung der Verordnung vom 26. August 1915 über den Verkehr mit Hülsenfrüchten, die Zustimmung erteilt.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Der Geschäftsführende Ausschuss der preussischen Sozialdemokratie hat in Gemeinschaft mit dem Vorstande der Sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses eine Eingabe gegen den Lebensmittelwucher an das Staatsministerium gerichtet. Nachdem einseitig zahlungsmäßig die Steigerung der Lebenshaltung nachgewiesen ist, heißt es in der Eingabe:

Der Bevölkerung, in erster Linie der schwer arbeitenden Bevölkerung, und nicht zuletzt der auf die unzulänglichen Familienunterstützungen angewiesenen Angehörigen unserer tapferen Krieger, bemächtigt sich ein wachsender Unwille nicht nur über den von gewissenlosen Spekulanten betriebenen Lebensmittelwucher, sondern auch darüber, daß bei den Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung die Interessen der Verbraucher denen der Erzeuger und Händler hintangestellt worden sind. Hier Wandel zu schaffen, gebietet in gleichem Maße das nationale Interesse wie die Rücksicht auf jeden Staatsbürger. Es darf kein Mittel unversucht bleiben, das geeignet ist, dem unerhörten Lebensmittelwucher und der ungerechtfertigten Preistreiberei Einhalt zu tun. Die Lebensmittelversorgung muß unter Berücksichtigung der im ersten Kriegs-

jahre gemachten Erfahrungen und unter Beobachtung der bei Kriegs ausbruch und später von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften dem Bundesrat unterbreiteten Vorschläge einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen werden.

Dann folgen die Forderungen im einzelnen, die sich im großen ganzen mit dem Antrage unserer Reichstagsfraktion decken. Besonders sei hervorgehoben die Forderung der Beschlagnahme der gesamten Ernte an Getreide und Kartoffeln, soweit letztere zur Ernährung des Volkes erforderlich sind, Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel gegen Verderben; ferner wird verlangt, daß ausreichende Koprationen unter Berücksichtigung angemessener Erhöhung für die schwer arbeitende Bevölkerung abgegeben werden, weiter verlangen die Parteien die Preisbegrenzung von Höchstpreisen für alle für die Volksernährung in Betracht kommenden Erzeugnisse und die daraus bereiteten Erzeugnisse, auch für den Wiederverkauf im Groß- und Kleinhandel unter angemessener Berücksichtigung der Produktionskosten, insbesondere für Getreide, Wehl, lebendes Vieh, Fleisch, Wurstwaren, Milch und Milchprodukte, Schmalz, Eier, Zucker, Kolonialwaren, Hülsenfrüchte. Endlich wird darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, daß das Reich und der Staat solche Gemeinden mit Mitteln unterstütze, die bei der Nahrungsmittelversorgung unerschuldet erhebliche Verluste erleiden oder die unter dem Zwang der Verhältnisse Lebensmittel an die ärmere Bevölkerung unter dem Anschaffungspreise abgeben müssen. Soweit das preussische Staatsministerium verfassungsmäßig nicht in der Lage ist, die genannten Maßnahmen selbständig durchzuführen, wird die Forderung aufgestellt, daß es in diesem Sinne im Bundesrat wirkt. Am Schluß heißt es, daß, wenn wirklich von den Angehörigen der vor dem Feinde stehenden Familienbünde alles ferngehalten werden soll, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auslösen könnte, dann müßte ihnen die Gewißheit verschafft werden, daß ihre Frauen und Kinder nicht darben. Aber auch darüber hinaus dürfe der übrigen Bevölkerung ihr ohnehin hartes Los nicht noch durch eine unbegründete Verteuerung ihrer Lebenshaltung erschwert werden.

Hansabund und Teuerung.

Das Präsidium des Hansabundes hat, gestützt auf die Gutachten seiner Ausschüsse, beschlossen:

Die Schaffung einer zentralen, die Bedürfnisse und Interessen aller Erwerbsgruppen und der Verbraucher unparteiisch abwägenden Behörde zur einheitlichen Leitung aller Maßnahmen zugunsten der Volksernährung erscheint notwendig. Ebenso, im Zusammenhang mit dieser Stelle, die Einsetzung örtlicher Ueberwachungs- und Preisregelungsausschüsse, wie sie für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin bereits vorgeesehen sind. Eine energische Anwendung der Beschlagnahmefugnis in allen denjenigen Fällen, in denen wucherische Ausbeutung der Verbraucher oder wucherische Zurückhaltung von Vorräten zweifellos festgestellt ist, ist erforderlich. Dagegen ist es höchst bedauerlich, daß in Preußen diese Beschlagnahmefugnis nicht den Kommunalbehörden, sondern den Verwaltungs- und Polizeibehörden überwiesen ist; eine Änderung dieser Vorschrift ist geboten, da diese Regelung eine Verkümmung der umfassenden Tätigkeit der Selbstverwaltung darstellt, die sich während des Krieges glänzend bewährt hat.

Der Hansabund blickt mit Besorgnis auf die stetig zunehmende Preisteleuerung notwendiger Gegenstände des Lebensbedarfs. Die dadurch herbeigeführte Erschwerung der Lebenshaltung weiser Volksschichten muß ernste Bedenken hervorgerufen. Der Hansabund weiß, daß die von ihm vertretenen Kreise des Handels, des Gewerbes und der Industrie alle ungehörlichen Uebersteigerungen scharf verurteilen; er ist davon überzeugt, daß auch in der Landwirtschaft dieselbe Auffassung besteht. Wucherische Kriegsgewinne auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen unseres Volkes müssen, wo es auch sei, scharf bekämpft werden.

Zur Aufklärung, ob und wo solche etwa vorgekommen sind, sollte sofort eine umfassende und objektive Untersuchung der Gründe der Teuerung von der Reichsregierung unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Erwerbsgruppen und der Verbraucher, eingeleitet werden, damit die Frage, wer an solchen Verteuerungen schuld ist, aus dem Bereiche von Schlagworten und bloßen Stimmungen, die sehr schlagreich klingen, herausgehoben werde. Die Verteuerung wichtiger Lebensbedürfnisse ist vielfach, vielleicht in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle aus derzeit unabwehrbaren Faktoren, insbesondere aus der Abgeschlossenheit unserer Kriegswirtschaft erwachsen.

Reichstagsverfassung.

Gubrau, 20. September. (B. T. B.) Bei der heutigen Reichstagsverfassung im Wahlkreise Breslau I, Gubrau, Steinau, Bohlau ist der Kandidat der konservativen Partei, Landrat a. D. v. Götzer-Schäp, Chef der Zivilverwaltung von Kurland gewählt worden.

Deutsche Verwaltung in Polen.

Der Oberbürgermeister Wohl (Zisli) ist zum Ersten Bürgermeister der Stadt Wlana ernannt worden. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Błogau, Peiker, ist zum Leiter der politischen Polizei für den Bezirk Błogł (Rußland) berufen worden.

Kriegsbekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Am 5. September ist ein mit Feldpost für das Offizier beladener Eisenbahn Güterwagen auf der Strecke Berlin-Thorn in Brand geraten. Als der Brand auf einer Station bemerkt wurde, hatte er bereits soweit um sich gegriffen, daß fast die Hälfte der Ladung, etwa 200 Briefbeutel mit rund 22 000 Feldpostpäckchen, den Flammen zum Opfer gefallen waren.

Ferner ist am 10. September in einem gleichfalls mit Feldpost für das Offizier beladener Eisenbahn Güterwagen auf der Strecke Dresden-Breslau Feuer ausgebrochen. Da das Feuer bald entdeckt und gelöscht wurde, konnte die von der Postsammlung in Hannover abgeforderte, aus etwa 500 Briefbeuteln bestehende Ladung bis auf 5 Beutel mit etwa 500 Feldpostpäckchen, die vernichtet sind, geborgen werden. Ein Teil der geborgenen Ladung, 54 Beutel, ist angebrannt.

Nach dem Befunde ist in beiden Fällen Selbstentzündung von Streichhölzern oder Benzin als Ursache der Brände anzusehen. Auf das Verbot der Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost, wie Streichhölzer, Benzin, Kether ist aus Anlaß früherer Brände wiederholt hingewiesen worden. Das Publikum wird erneut auf das dringende ersucht, im Interesse der Allgemeinheit und insbesondere unserer heldenmütigen Kämpfer im Felde die Versendung solcher Gegenstände durch die Post unbedingt zu unterlassen. Jede zur Kenntnis der Postbehörden gelangende Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot, die nach 367 unter 5 a Str.-G.-B. strafbar ist, wird gerichtlich verfolgt.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.
Kraetle.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Seit Wochen und Monaten nimmt die Zahl der in der Metallindustrie tätigen Arbeiterinnen zu. Die Tatsache an sich ist begreiflich und verständlich. Was aber von der Arbeiterchaft nicht ohne weiteres hingenommen werden kann, ist die Rücksichtslosigkeit, mit welcher man sich in der Metallindustrie über die Schutzbestimmungen hinwegsetzt, die für die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Industrie bestehen. Es werden die Bestimmungen, wonach die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als 10 Stunden betragen darf, sowie die Bestimmung, daß Sonnabends Arbeiterinnen nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen und an diesem Tage die Arbeitszeit nur längstens acht Stunden betragen darf, und schließlich auch die Bestimmung, wonach Arbeiterinnen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen, ganz unbeachtet gelassen. Man beschäftigt heute und seit Monaten Arbeiterinnen mehr als 10 Stunden, bis zu 13 und 14 Stunden pro Tag, auch Sonnabends geht die Arbeitszeit weit über 8 Uhr hinaus, und ebenso wird ganz ohne Rücksicht auf diese Schutzbestimmungen von den Arbeiterinnen Nacharbeit gefordert.

Wegen dieser Verletzung der Schutzbestimmungen hat der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Cohen, mit einigen Herren im Kriegsministerium eine Unterredung gehabt, wobei ihm mitgeteilt wurde, daß nur ausnahmsweise, was von Fall zu Fall entschieden werde, eine Ueberschreitung der Schutzbestimmungen zulässig sei. Bei der Entscheidung über die Frage der Ueberschreitung der Schutzbestimmungen wirke die Gewerbeinspektion mit.

Daraufhin ist vom Metallarbeiterverband an die Behörde das Ersuchen gestellt, daß mit Rücksicht darauf, daß wichtige Arbeiterinteressen in Frage kämen, man neben der Gewerbeinspektion auch die Arbeiterorganisation gutachtlich hört, wenn von einem Arbeitgeber das Verlangen gestellt wird, die Schutzbestimmungen beiseite setzen zu dürfen.

Wie notwendig dieses Verlangen ist, und wie wenig wirklich nur ausnahmsweise die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen übertreten werden, geht daraus hervor, daß sich bei einer nur oberflächlichen Zusammenstellung herausgestellt hat, daß die meisten Betriebe, die für die Heeresverwaltung arbeiten, die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen überschreiten, so daß in Wirklichkeit die Schutzbestimmungen nicht ausnahmsweise unbeachtet bleiben, sondern vielmehr umgekehrt nur ausnahmsweise da und dort einmal ein Betrieb sich heute an die Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen hält. Das ist ein Zustand, an dem die Arbeiterschaft nicht stillschweigend vorübergehen kann, denn es liegt, soweit ersichtlich, kein öffentliches Interesse für die Ueberschreitung der Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen vor. Seit Kriegsbeginn ist die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiterinnen auf dem Arbeitsnachweise des Metallarbeiterverbandes noch nicht wieder soweit gesunken, wie dies kurz vor dem Kriege der Fall war, so daß es also arbeitslose weibliche Arbeitskräfte in ausreichendem Maße gibt. Erst wenn es keine arbeitslosen weiblichen Arbeitskräfte mehr gibt und im öffentlichen Interesse eine Mehrleistung dringend erforderlich wäre, könnte man an die Frage der Nacharbeit und die Frage der verlängerten täglichen Arbeitszeit herantreten.

Kriegszuschlag in den Brauereien Berlins und Umgegend.

Die Brauereien in Groß-Berlin gewährten ihren männlichen Arbeitnehmern für die Monate Juni, Juli und August d. J. einen Kriegszuschlag zum tariflichen Lohn in Höhe von 10 M. pro Monat.

Auf Antrag der Beteiligten hat der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend den Kriegszuschlag in Höhe von 10 M. monatlich für weitere vier Monate gewährt, und zwar für September, Oktober, November und Dezember. Die dem Verein der Brauereien nicht angehörenden Brauereien haben ebenfalls den Kriegszuschlag für die ersten drei Monate gewährt. Die in den Brauereien vertretenen Organisationen haben bereits Schritte unternommen dahingehend, daß auch den in den ringfreien Brauereien beschäftigten Arbeitnehmern der Kriegszuschlag für die folgenden vier Monate gewährt wird.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen und Bauunternehmer.

Die Bauunternehmer lehnen bekanntlich die Gewährung von Teuerungszulagen ab, weil solche gegen den Tarif verstießen. Auch in Mainz geschah das zunächst. Schließlich kamen aber Arbeiter und Unternehmer am 13. August zu dem Beschluß, an die einzelnen Bauauftraggeber mit dem Ersuchen heranzutreten, daß diese auf vertraglich zu zahlende Bausummen einen Zuschlag von 10 Proz. Teuerungszulage gewähren möchten. Einige Unternehmer erklärten, daß sie bereit seien, eine Teuerungszulage zu geben, selbst wenn die von den Bauherren bewilligte Summe nicht ausreichen sollte. Auf diese Weise hatte man den Erfolg, daß am 28. August bereits 200 von rund 480 Beschäftigten eine Teuerungszulage von 8 Pf. pro Stunde erhielten. Außer den privaten Bauherren wurde auch die Stadtverwaltung um eine entsprechende Zulage angegangen. Die gemeinsame Kommission wurde vom Herrn Oberbürgermeister zu einer Besprechung geladen. Die Herren von der Stadtverwaltung erkannten die Gründe der Arbeiter für eine Teuerungszulage ohne weiteres an.

Der Oberbürgermeister erklärte, daß es nur billig sei, alle Verträge, die vor dem Kriege abgeschlossen seien, einer Revision zu unterziehen und sie der jetzigen Zeit anzupassen, soweit es nicht schon geschehen sei. Soweit er unterrichtet sei, seien die alten Verträge jedoch schon geändert, so daß sie den Teuerungsverhältnissen angepaßt seien. Aber an den Verträgen, die erst in diesem Jahre oder gar in den letzten Monaten abgeschlossen seien, könne nichts geändert werden; denn die Unternehmer hätten die Teuerung verlangt und sie bei der Submission berücksichtigen müssen. Auf die Einrede der Unternehmer, daß die Arbeiter ihre Forderung erst im Juni gestellt hätten und diese daher bei den früher abgeschlossenen Verträgen nicht berücksichtigt werden konnten, erwiderten die Bürgermeister, daß alle Verträge, die in diesem Jahre abgeschlossen seien, die Teuerung vollständig berücksichtigen. Dies beweise auch die Gegenüberstellung mit den früheren Verträgen. Die Unternehmer seien wohl in der Lage, ja sie seien eigentlich verpflichtet, Teuerungszulagen zu geben.

Die Unternehmer haben also nach diesen Darlegungen sich selber durch die neuen Verträge eine Teuerungszulage gesichert, den Arbeitern aber verweigern sie eine solche. Den Zuschlag gegen die alten Verträge sieden sie reiflos zu ihren eigenen Gunsten ein.

Aus der Partei.

Unsere Parteipresse im Kriege.

Das Pressebureau berichtet: Die Genossenschaftsbuchdruckerei in Solingen, Verlegerin unseres Solinger Parteiblattes, hat jetzt ihren Geschäftsabluß bekanntgegeben. Elf Kriegsmo-nate kommen in ihm zum Ausdruck. Das Blatt, dessen Verbreitungsbezirk nur einen Wahlkreis umfaßt, hatte vor dem Kriege zirka 2000 Abonnenten und reüssierte recht gut. Während das Geschäftsjahr 1913/14 mit einem Ueberschuß von 11 000 M. abschloß, schließt das Jahr 1914/15 mit einem Fehlbetrag von 35 000 M. ab. Die relativ größte Mindereinnahme wies das Infanterieskonto auf. In finanzielle Schwierigkeiten kommt das Blatt durch die Ueberschuldung nicht, da es reichliche Rücklagen hat. Sein Abonnentenverlust gibt ebenfalls zu Befürchtungen keinen Anlaß, da er reiflos aus dem Kriegszustande zu erklären ist und nach Beendigung des Krieges normalerweise wieder verschwindet.

Aus Industrie und Handel.

Benzol- und Toluolgewinnung aus Naphtha.

„Kotwoje Wremja“ vom 1. 9. schreibt: Die Kasaner städtische Gasfabrik wird zur Erzeugung von Benzol, Toluol und anderer chemischer Produkte eingerichtet. Dadurch spielt, wie der „Kasanskiy Telegraph“ schreibt, Kasan eine historische Rolle; denn Benzol und Toluol wurden bisher ausschließlich aus Steinkohlen erzeugt, und die Gewinnung aus Naphtha ist der erste Versuch nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt.

Der französische Arbeitsmarkt während des Krieges.

Aus den Vierteljahresberichten der Gewerbeinspektoren teilt der „Temps“ vom 12. September über die allmähliche Besserung des Arbeitsmarktes und der industriellen Beschäftigung während des Krieges folgendes mit. Die Untersuchungen der Gewerbeinspektoren erstreckten sich auf 37 380 Betriebe, in den Frieden zuletzt 1 235 511 Arbeiter beschäftigten. In Prozenten dieser Grundziffern ergab sich nach dem starken Rückschlag im August 1914 folgende Entwicklung:

	1914		1915	
	Aug.	1. 10.	1. 1.	1. 7.
Fabriken in Betrieb . . .	49	57	70	79
Beschäftigtes Personal . .	35	46	58	69
Arbeitslose (nach Abzug von 24% Mobilisierter)	41	30	18	12

In allen Berufsarten hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter zwischen April und Juli zugenommen, doch ist der Grad der Beschäftigung in den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden. In mehreren Berufsarten ist die Arbeitslosigkeit so gut wie verschwunden. Dies ist der Fall bei denjenigen, in denen der Abstand zwischen Normal- und gegenwärtiger Beschäftigung geringer als der Prozentfuß der Mobilisierten ist, zum Teil infolge Erzielung der letzteren durch Frauen, Kinder und andere Personen, die vor dem Kriege anderen Berufen oblagen, so z. B. in der Metall-, Ernährungs-, chemischen, Transport-, Leder- und Häuteindustrie. Für eine Reihe von anderen Industriezweigen ergeben sich hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in Prozenten der Normalbeschäftigung folgende Zahlen:

	1914		1915	
	August	1. 10.	1. 1.	1. 7.
Textilindustrie	49	32	20	13
Gabel	25	22	17	15
Kaufhaus-, Papier-Industrie . .	46	38	27	23
Bekleidungs-Industrie	59	46	34	28
Holz-Industrie	51	43	32	27
Keramik- und Glas-Industrie . .	50	48	37	31
Bau-Industrie	48	45	45	41
Eisen- und Stahl-Industrie	71	69	69	64

In gleicher Weise bestehen je nach der Gegend beträchtliche Unterschiede. In den Bezirken Lyon und Rouen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter (die Mobilisierten eingerechnet) bei den von der Enquete berücksichtigten Gewerben merklich höher als in Friedenszeiten. Im Bezirk Bourdeaux gibt es keinen Arbeitslosen, und Fabriken und Werkstätten haben zu ausländischen Arbeitskräften greifen müssen. In Toulouse bessert sich die Lage ständig, die für Heereslieferungen arbeitenden Fabriken entwickeln sich auch recht günstig; die übrigen wie auch der Handel stehen durchschnittlich günstig. In Marseille ist die wirtschaftliche Lage entsprechend den Umständen gut. Schnell Günstiges verläuft aus Nantes, Limoges, Dijon. Selbst in den Grenzbezirken ist eine merkliche Besserung zu spüren. In Paris sind die Fortschritte um so bemerkenswerter, als sie in die tote Saison fallen. In Nancy ist das Bedürfnis und der Wunsch, die Arbeit wieder aufzunehmen, vorhanden, und im Norden und Pas-de-Calais überwindet die Industrie die durch die Kriegslage geschaffenen Bedingungen mit aller Lebenskraft.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau und unsere gute Mutter

Martha Werner
geb. Krepel

in der Nacht vom 17. zum 18. September nach langem und schwerem Leiden im 44. Lebensjahre verstorben ist.

Berlin-Charlottenb., Hentigstr. 13.
In tiefer Trauer
August Werner und Kinder
Margarete und Johannes.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Hern von seinem Lieben sel als Opfer des Weltkrieges am 5. September 1915 unser einziger, innigstgeliebter Sohn und Bruder, der Grenadier

Erich Behrend
Ref. - Inf. - Regt. Nr. 93
im Alter von 23 Jahren.

Die trauernden Eltern
Max Behrend und Frau.
Erna Behrend als Schwester.

Ragst Du in jermder Erde
Zur Ruh' gebettet sein,
Du wirst in unserm Herzen
Doch nie vergessen sein.
Ruh ruhe sanft, Du gutes Herz,
Wer Dich geliebt, fühlt unsern Schmerz.

Die Glocke
Sozialistische Halbmonatsschrift

Heft 2 soeben erschienen!

Inhalt: Gegen den Zarisismus und für die Demokratie
Zsaropapismus und Papsttum
Der Bund der Vertouerter
Die Kunst während des Krieges
Glossen - Vom Tage - Notizen - Briefkasten

Jedes Heft 25 Pf. Jährlich M. 6,- Halbjährlich M. 3,- Vierteljährlich M. 1,50

Vorrätig in allen Buchhandlungen u. Kolportagegeschäften, ebenso nehmen alle Postanstalten Bestellungen entgegen

Generalvertrieb für Berlin und Umgegend: Louis Friedrich Abel & Co., Kommandantenstraße 15

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München, Altheimereck 19

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Karlshorst.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 17. d. M. im Alter von 44 Jahren unsere Genossin

Martha Werner
Hentigstr. 13.

Wir verleben in der Verstorbenen ein langjähriges freies Parteimitglied und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Unsere Mitglieder werden um rege Beteiligung gebeten.

246/1 Der Vorstand.

Verhand der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Lichtenberg.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß Sonnabend, den 18. September, unser Kollege

Hermann Seimert
Scharnweberstr. 47
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Hedwigs-Gemeinde, Weissenfer Weg, aus statt.

74/10 Die Ortsverwaltung.

Am 19. d. M. früh entschlief nach kurzen schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere bergensgute Mutter

Minna Müller
geb. Rathenow
im 34. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Hermann Müller.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Halle des neuen Reimden-dorfer Gemeindefriedhofes, Humboldtstraße, aus statt. 245/5

Hiermit die traurige Nachricht, daß nach langem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser Sohn, Bruder und Schwager

Franz Uhlenhut
im 33. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Dieses zeigt Hestbetraub an im Namen der Hinterbliebenen:

Emmi Uhlenhut
geb. Köhler.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

H. & P. Uder,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt Mpl. 3014.

Nach langem, langem Kranken-tum wurde uns jetzt erst die Gewißheit, daß mein lieber, unvergesslicher Mann, der Vater meines Sohnes, der Unteroffizier der Landwehr

Friedrich G. Schmidt
im Alter von 36 Jahren nach schwerer Verwundung in russischer Gefangenschaft am 25. November 1914 den Heldentod fürs Vaterland gefunden ist.

Witwe **H. Schmidt**
geb. Hopp,
Kornarow, Hietzenstr. 31.

Du warst so gut, Du starbst zu früh,
Wer Dich geliebt, vergißt Dich nie.
Ruhe sanft in Frieden, lieber Vater.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Hermann Seimert
Scharnweberstraße 47,
verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Hohen-Schön-hausen aus statt!

14/1 Die Bezirksleitung.

Schmerzgebeugt gebe ich hierdurch davon Kenntnis, daß Sonnabend nach kurzem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Marie Carl
geb. Witkowski,
im 47. Lebensjahre verstorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Gustav Carl.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. September 1915, vom Trauerhause in Reudän, Bartelstraße 60, aus nach dem Städtischen Friedhof, Ratelendorfer Weg, aus statt. 74/1

Haben Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützstrümpfe sowie Bruchbänder aller Art, Leibbinden, Stützcorsets etc., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Handgaff,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung. Teilzahlung.

Sprechstunden: 11-2 und 5-8

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

St. Jakobs-Balsam
Hausmittel I. Ranges von Apotheker C. Trautmann, Basel. Finger. Schutzmarke. - Pow. Heilsalbe f. Wund u. auch Kriegsverletzungen jeder Art, off. Beine, Krampfadern, Brand-schaden, Ausschlag, Hämorrhoid, Flechten. In den Apotheken a. M. L. 60 Gen.-Depot: St. Jakobs-Apothek, Basel. Depots Berlin: König Salomosp., Charlotten-straße, Falkenap., Reichensberger Straße, Viktoriap., Friedrichs-straße, Reichsadler-Apothek, Gr. Frankfurter Str. 134. (94423.)

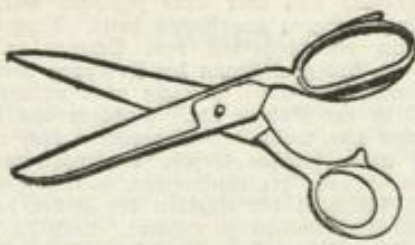
Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

1000 Flaschen 79/6
Original-Mampe-Kümmel,
Marke elegant, erbsenlich unter Forderung aus erster Hand käuflich. Off. unter J. J. 5140 besorgt Rudolf Hosse, Berlin SW.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.

Durchhandlung Vorwärts.

Suche sofort neue Möbel zu kaufen. Hier sollte, siehe eichen getriebene Bettstellen mit Reformmatratze und Hochauflage, einen Tisch für Wohnzimmer, eine einfache Kücheneinrichtung und eine Gasselouque. 245/6
Offerten mit billigstem und genauestem Preis unter R. 4 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.



Was bedeuten die Zeichen auf den Musterungsscheinen?

Eine begreifliche Mißbegierde erfährt die zur Musterung Gemeinen danach, was die Buchstaben und Zahlen bedeuten, die nach der Musterung in den Musterungsscheinen eingezeichnet werden.

Die in den Musterungsausweisen eingetragenen Buchstaben und Zahlen sind Abkürzungen für die Fragen, ob und in welcher Weise der Unterjuchte dienstfähig ist.

A: Geringe körperliche Fehler und Gebrechen, die die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht ausschließen.

B: Körperliche Fehler und Gebrechen, die zwar den aktiven Dienst mit der Waffe ausschließen, jedoch den aktiven Dienst ohne Waffe oder den Dienst in der Ersatzreserve erlauben.

C oder S: Krankheiten und Gebrechen, welche zeitig untauglich machen, aber beseitigt oder doch so vermindert werden können, daß vollkommene oder bedingte Tauglichkeit eintritt.

D oder L: Krankheiten und Gebrechen, welche den Dienst im stehenden Heere und in der Ersatzreserve verhindern, die Tauglichkeit für den Landsturm jedoch im allgemeinen nicht ausschließen.

E oder U: Krankheiten und Gebrechen, welche zum Dienst im stehenden Heere und in der Ersatzreserve, im allgemeinen auch für den Landsturm dauernd untauglich machen.

Die Zahlen in dem Vermerk auf dem Musterungsschein bedeuten Krankheiten, Fehler oder Gebrechen im allgemeinen oder an den durch die Zahlen hervorgehobenen Körperteilen.

1 bedeutet „allgemeine Schwächlichkeit“, 2 „Fettleibigkeit“, die Ziffern 3 bis 78 beziehen sich auf folgende Körperteile oder Mängel:

- 3 Haut, 4 Drüsen, 5 Geschwülste, 6 Knochen und Bewegungsorgane, 7 Narben, 8 Entzündungen der Muskeln und Sehnen, 9 Krankheiten des Nervenapparates, 10 einfache Harnruhr, 11 Zuckerharnruhr, 12 Blinddarmentzündung, 13 Blinddarntuberkulose, 14 Gicht, 15 Gelenkrheumatismus, 16 geistige Schwäche, 17 Epilepsie, 18 Gehirn- oder Rückenmarkskrankheit, 19 chronische Nervenleiden, 20 Schädelfraktur, 21 bis 29 Augen, 30 bis 32 Ohr, 33, 34 Nase, 35 bis 38 Mund, Lippen, Wangen, 39 Kauwerkzeuge, 40 Stimmritze, 41 Stimmritzenentzündung, 42 Kehlkopf, 43 Speiseröhre, 44 Schiefhals des Halses oder Krüppel, 45 Wirbelsäule, 46 Brust, 47 Lunge, 48 Brustfell, 49 Herz, 50 Rippenentzündung des Brustkorbes, 51 Unterleibskrankheit, 52 Unterleibsorgane, 53 Blasenentzündung, 54 Harnorgane, 55 Krampfadern, 56 Wasserbruch, 57, 58 Geschlechtsorgane, 59 bis 62 Verlust, Krankheit oder Steifheit von Gliedmaßen oder Gelenken, 63 obere Gliedmaßen, 64 Schlüsselbein oder Arm, 65 bis 71 Hand oder Finger, 72 bis 74 Beine, 75 bis 78 Fuß oder Gelenke.

Aus Groß-Berlin. Die Gasse.

Es ist eine kleine Gasse und eine enge Gasse. Sie liegt wie ein stilles, verlorenes Eiland mitten im brausenden Weltstadtgetriebe. Sie liegt in Berlin, sie könnte aber ebensogut in Krynin an der Anatter liegen.

Am Tage herrscht in der Gasse emsiges Treiben. Die da wohnen, müssen tapfer kämpfen und dem Leben jeden tagen Dissen Brot mit Fleiß und Schweiß abringen.

draußen, die hier gelebt und gewohnt hatten und die ein Stück, ein lebendiger Teil der Gasse waren. Dann und wann kommt ein Krieger auf Urlaub nach Hause, dann ist er der Gast der Gasse.

draußen, die hier gelebt und gewohnt hatten und die ein Stück, ein lebendiger Teil der Gasse waren.

Dann und wann kommt ein Krieger auf Urlaub nach Hause, dann ist er der Gast der Gasse. Der ganze Winkel nimmt Anteil an seinem Geschick.

Serabgesetzte Brot- und Mehlpreise.

Der Kreisaußschuß für den Saalkreis hat jetzt für den Einzelverkauf von Brot und Mehl durch Bäcker und Mehlhändler folgende Höchstpreise festgesetzt:

- für ein Brot zu 2 Kilogramm . . . 66 Pf.
ein Weißbrot zu 75 Gramm 5
500 Gramm Roggenmehl . . . 18
500 Gramm Weizenmehl . . . 22

Diese Höchstpreise sind mit dem 15. d. Mts. in Kraft getreten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Eine Ermäßigung der Brot- und Mehlpreise ist vom 15. September d. J. ab in Gölzig erfolgt. Die Höchstpreise, die bisher im Kleinverkauf für Weizenmehl 48 Pf., Roggenmehl 44 Pf., Brot 38 Pf. pro Kilogramm betragen, sind jetzt für Mehl auf 45 und 40 Pf., für Brot auf 30 Pf. pro Kilogramm festgesetzt worden.

Mietschwierigkeiten bei Kriegerfamilien.

Unzählige Schilderungen der Mietschwierigkeiten von Kriegerfamilien haben einem Hausbesitzer veranlaßt, der „Vossischen Zeitung“ folgende Zuschrift zu senden:

„Einzeln Kriegerfrauen sind der Ansicht, daß sie während des Krieges überhaupt keine Miete zu bezahlen brauchen. Sie leben von den gewährten Unterstützungen und kümmern sich nicht um Arbeitsgelegenheiten.“

Woher der Mann, der das geschrieben hat, weiß, daß Kriegerfrauen ihr Geld dazu verwenden, in Kinos und in die Erfrischungsräume der Warenhäuser zu laufen, anstatt an den Hauswirt Miete zu zahlen, wird nicht verraten.

Von einem anderen Gesichtspunkt ist eine Zuschrift diktiert, die uns kürzlich zugegangen ist und die auch versucht, dem Hausbesitzer gerecht zu werden.

„Unzweifelhaft muß jeder Willigdenkende einen Hauswirt verstehen, welcher in pekuniärer Beziehung selbst etwas schwach bestellt ist, sofern dieser eine Kriegerfrau mit vier Kindern nicht ins Haus nimmt.“

„Unzweifelhaft muß jeder Willigdenkende einen Hauswirt verstehen, welcher in pekuniärer Beziehung selbst etwas schwach bestellt ist, sofern dieser eine Kriegerfrau mit vier Kindern nicht ins Haus nimmt.“

So kommt z. B. solche Mutter zu einem Hauswirt, um eine Wohnung im Preise von z. B. 24 M. zu mieten (wohl so ungefähr das Mindeste, um genügend Platz für sich und ihre Kinder zu finden), da rechnet der Wirt wie folgt:

- Miete . . . 24,- M.
25 Proz. Nachlassgewährung, sonst zahlt die Stadt keinen Mietszuschuß, das sind . . . 6,- M.
der Mietszuschuß bei 4 Kindern ist . . . 10,- M. = 16,- M.
so daß für die Frau noch zu zahlen bleiben . . . 8,- M.

Eine Frau mit vier Kindern kann kaum noch nebenbei arbeiten, um etwas zu verdienen, jedenfalls muß sie dies aber bei den heutigen Lebensmittelpreisen, da mit 84 M. bei fünf Köpfen nur schwer durchzukommen ist, und so wird der ganze Wochenverdienst gerade so viel betragen, als zum Bezahlen der Lebensnahrung und Kleidung noch benötigt wird.

Also: Es hört sich ja nicht schön an, wenn ein Hauswirt solche Kriegerfrau mit vier Kindern nicht aufnimmt, aber Idealen nachzuleben, ist ein Luxus, den sich eben auch nur der Vermittelte erlauben darf.

Im vorliegenden Falle kann nur die Stadtverwaltung helfen, indem sie mindestens 50 Proz. Mietszuschuß in allen Fällen gewährt. Mit dem Mietsnachlaß des Hauswirts ist das noch

eine andere Frage, aber zweifellos wird ein kuger Vermieter so mancher Mieterin durch Gewährung eines entsprechenden Nachlasses die Möglichkeit geben, durch Zahlung der somit verfallenden Differenz später uneinbringliche Schulden nicht anhäufen zu brauchen; zu des Vermieters und der Mieterin Vorteil.“

Wir können dem vortehend Besagten nicht in allem zustimmen, aber es enthält doch eine andere Würdigung der Mietschwierigkeiten als die an die „Vossische Zeitung“ gerichtete Zuschrift.

Erweiterung der Reinickendorf-Liebenwalder Bahn.

Der Reinickendorf-Liebenwalder-Groß-Schönebecker Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Berlin ist, wie der gestern erschienene „Reichsanzeiger“ mitteilt, die Erlaubnis zu allgemeinen Vorarbeiten für eine vollspurige Erweiterungsstrecke ihres Unternehmens vom Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal bis zur Weichbildgrenze von Berlin unter Heranziehung an die hier endigende, im Bau befindliche Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neutölln erteilt worden.

Von einem Einbrecher angepöbelt.

In der Nacht zu Montag hörte der 19 Jahre alte Sohn Erwin der Arbeiter Weinpaßischen Celeste vom Kottbuser Damm 98, als er in die ohne Aufsicht gelassene elterliche Wohnung zurückkehrte, plötzlich hinter der Stubentür etwas rascheln.

Stadtverordneter Bankier Rudolf George ist nach längerer Krankheit gestern gestorben. Er vertrat den vierten Wahlbezirk in der ersten Abteilung und war 23 Jahre Mitglied der Versammlung und der freien Fraktion.

Die Mädchenhandelschulen der Korporation der Berliner Kaufmannschaft, Weinmeisterstr. 16/17, Wilhelmshavener Str. 2/5, Schöneberg, Neurgir. 57, beginnen am 7. Oktober ihr Winterhalbjahr. Die Schulen wollen Frauen und Mädchen, die den kaufmännischen Beruf zu ergreifen beabsichtigen, Gelegenheit zu einer gründlichen theoretischen Ausbildung geben.

Der Verkauf der Mädchenhandelschulen der Korporation der Kaufmannschaft befreit vom dreijährigen Pfänderschuldschutz. Weitere Auskunft wird erteilt in den Schulen und im Amtszimmer des Direktors, Börse, Kurstr. 25 II, zwischen 9-3 Uhr.

Kleine Nachrichten. In einem Anfall von Geistesgestörtheit hat sich der 24 Jahre alte Militärinvalid Billi Jgelhorst aus der Lützler Straße 70 das Leben genommen.

Rinderstichkommission.

Niederbarnim. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Blume, Vogelhagener Chaussee, Sitzung der Rinderstichkommission für Niederbarnim. Genossin Demning referiert über: Der Einfluß des Krieges auf das Rind.

Soziales.

Zu hohe Konventionalstrafe.

In dem im Kronprinzenzelt konzertierenden Damenorchester der Kapellmeisterin Heinkow war eine Geigerin beschäftigt gegen ein Monatsgehalt von 75 M., welches später auf 90 M. erhöht wurde.

Als der Mann der Geigerin, der seit Beginn des Krieges im Felde steht, auf Urlaub nach Hause kam, erlaubte sie die Kapellmeisterin um einen Tag Urlaub. Frau Heinkow meinte darauf, sie würde den Urlaub gern gewähren, aber wenn sie es täte, würde der Wirt des Lokals die Kündigung der Geigerin verlangen.

Das Gericht verurteilte die beklagte Geigerin, an die Klägerin eine Pauschale zu zahlen. Hierdurch und durch den erhaltenen Lohn sei der Schaden gedeckt, den die Klägerin tatsächlich gehabt habe.

Obligationsanleihe der Großkaufmannsgesellschaft.

Die Großkaufmannsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, gibt einen Prospekt über eine fünfprozentige Obligationsanleihe im Betrage bis zu 5 Millionen Mark, rückzahlbar ab 1922, heraus. Die Obligationsanleihe soll zur Erhöhung der Betriebsmittel der Großkaufmannsgesellschaft dienen. Die Anleihe ist eingeteilt in Schuldverschreibungen von 100, 500, 1000 und 5000 M.

Verbreitung nach 30 Jahren.

Einen Einblick in das gefährliche Treiben des Aufkaufs von Forderungen und von Inzassobureaus gewährte eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht, wo die Kohlenfirma Paul Dorf gegen das Inzassobureau von Paul Strasdas klagte.

Gegen einen bei der Kohlenfirma beschäftigten Handlungsgehilfen war bei der Firma ein gerichtlicher Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss rücksichtlich des Gehalts seitens des Inzassobureaus Strasdas ergangen. Die Kohlenfirma überzeugete sich, daß es mit der Forderung des Inzassobureaus folgende eigenartige Bewandnis hatte. Ihr Handlungsgehilfe war noch nicht 32 Jahre alt. Vor 30 Jahren war sein Vater verstorben. Die Hinterlassenschaft war an sich oder infolge falschen Umgehens des Vormundes des 2 Jahre alten Kindes überschuldet. Forderungen gegen die verschuldete Erbschaft hatte die gewerbsmäßig uneinziehbare Forderungsinlaufende Firma an sich gebracht. Der großjährig Gewordene unterließ aus Rechts- und Sachkenntnis die Auszahlung der Erbschaft. Nun ging eine Forderung gegen ihn auf Grund vor jetzt 30 Jahren ergangener Urteile los. Der junge Mann hatte schließlich bei der Kohlenfirma eine Stellung mit einem unpfändbaren, weil 1500 M. nicht übersteigenden Gehalt inne. Aber auch da verfolgte ihn das Inzassobureau. Die Kohlenfirma nahm sich ihres Gehilfen energisch an, dem auf Grund eines vor 30 Jahren gegen die Erbschaft ergangenen Urteils das Gehalt geklärt werden sollte. Nach acht Terminen nahm das Inzassobureau seine Klage gegen die Firma zurück. Nun klagte die Kohlenfirma 9 M. Vertretungskosten ein, um ein kleines Exempel gegen solche Belästiger aus vor Jahrzehnten erlassenen Urteilen zu statuieren. Das Inzassobureau Strasdas wurde vom Kaufmannsgericht antragsmäßig beurteilt.

Gerichtszeitung.

Genossenschaft deutscher Tonseker vor dem Reichsgericht.

Ein Rechtsstreit um die Richtigkeit der Berechtigungsverträge der Genossenschaft deutscher Tonseker, eine Frage, die für die ganze Organisation der Genossenschaft von einschneidender Bedeutung ist, hat am Sonnabend, den 18. September, den Ersten Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigt. Die erwähnte Genossenschaft ist im Rechtsstreit vor dem Reichsgericht unterlegen.

Sie hatte bei ihrer Gründung die Aufgabe übernommen, den durch die neue Urhebergesetzgebung geschaffenen musikalischen Ausführungsrecht auf sozialer Grundlage zu verfolgen. Sie hat ihr Werk im Jahre 1903 begonnen und die Amsa (Anstalt für musikalische Ausführungsrechte) gegründet, die mit den Tonsechern und Verlegern einerseits und mit den Unternehmern der Musikausführungen andererseits Berechtigungsverträge abschließt. Diese Verträge sind von fünf zu fünf Jahren kündbar, doch wird gemäß § 9 Absatz 2 der Verträge durch die Kündigung das Rechtsverhältnis zwischen der Anstalt und den Bezugsberechtigten bezüglich der bis zur Kündigung übertragenen Ausführungsrechte nicht berührt. Das musikalische Ausführungsrecht sollte also für alle Zeit — das ist die Hauptursache allen Streits — bei der Amsa bleiben, die nach Abzug von 10 Prozent des Reingewinns für die Unterhaltungsstelle der deutschen Tonseker die übrigen 90 Prozent so verteilt, daß ein Viertel die Verleger und drei Viertel die bezugsberechtigten Komponisten erhalten. Die Verteilung des Reingewinnanteils unter die Komponisten erfolgt auf Grund einer Staffeln, die es beim Eintreffen aller nötigen Voraussetzungen ermöglicht, jedes Stück dem Werte und der Anzahl der Ausführungen entsprechend zu punktieren und zu honorieren. Diese Einteilung, besonders aber die Bestimmung des § 9, daß das Ausführungsrecht der eingekauften Sachen auch nach erfolgtem Austritt bei der Amsa bleiben sollte, behagte schon von Anfang an nicht der Leipziger Verlegergruppe, die sich aber im Jahre 1907 doch zum Anschluß hat bestimmen lassen. Zu Unstimmigkeiten zwischen Verlegern und der Genossenschaft gab weiter die strenge Unterordnung aller Bezugsberechtigten unter den Vorstand Veranlassung, der aus 6 Komponisten, 6 Verlegern und 8 Textdichtern bestand und diktorische Rechte ausüben konnte. Als dann den Urheber auch ein Schugrecht an mechanisch-musikalischen Vervielfältigungen zugesprochen worden war und die Genossenschaft deutscher Tonseker diesen musikalischen Urheberrecht ausübten begann, kam der Stein ins Rollen. Eine Anzahl Verleger, die Leipziger Gruppe, der sich auch andere namhafte Firmen wie Voite u. Vot, Ahn u. Simrod, Bieweg angeschlossen hatten, erklärte ihren Austritt vom Verträge, aber ohne auf die Rechte an den bisher eingekauften Werken verzichten zu wollen. Sie führen aus, daß der Vertrag wegen der auf alle Ewigkeit gerichteten Erwerbungen der Ausführungsrechte unzulässig und deshalb nichtig sei, daß aber auch ein wichtiger Grund vorliege, weil es der Genossenschaft nicht möglich gewesen sei, eine Betriebsordnung zu schaffen und einen Betriebsdirektor zu wählen, der das allgemeine Vertrauen aller Bezugsberechtigten genießen sollte.

Die wegen dieses Austritts von der Genossenschaft deutscher Tonseker gegen die Firma Voite u. Vot und gegen 51 andere Verleger erhobene Feststellungsklage, daß die Verträge auf Grund ihres Austritts kein Ausführungsrecht an den in die Amsa eingekauften Werken haben und sich dieses Rechtes auch nicht berufen dürfen, ist vom Landgericht und vom Kammergericht zu Berlin abgewiesen worden, während der Widerlage der Verlegern, die auf völlige Freiheit von den Verträgen abzielt, stattgegeben worden ist. Ebenso hat nun das Reichsgericht entschieden und ausgeführt: Der ganze Streit dreht sich darum, ob die Zurücktretenden, die Ausführungsrechte eingekauft haben, nach ihrem Austritt wieder frei darüber verfügen können. Das Reichsgericht hat die Bestimmung der Berechtigungsverträge, wonach alle Ausführungsrechte für alle Zeit bei der Genossenschaft verbleiben sollen, nicht billigen können, weil eine solche Bestimmung mit dem Gesetz nicht vereinbar ist. Aus diesem Grunde mußte, da der Austritt vom Verträge nicht widersprochen werden kann, die Klage abgewiesen und der Widerlage stattgegeben werden.

Eingegangene Druckschriften.

Abplanatys Rumpfstürzen in Rückenlage. 220 M. K. Franke Bern.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 332 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-3. und 5. Garde-Regiment z. B.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander und Elisabeth; Garde-Fuß.-Reg.; Garde-Jäger- und Garde-Res.-Jäger-Bataillon; Garde-Schützen- und Garde-Res.-Schützen-Bataillon. Gren. bzw. Inf.-bez. Fuß.-Regimenter Nr. 1, 2, 4, 13 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 16), 17 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17), 18 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 341), 20, 26, 27, 28, 30, 34, 39 (s. Inf.-Reg. Nr. 17), 41, 42, 43 (s. Feldfliegertruppe), 49, 51, 52 (s. Inf.-Reg. Nr. 17), 53, 54, 55 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 16), 58, 59, 63, 67, 73, 75, 77, 78, 80, 84, 85, 86, 89, 90, 93, 94, 97 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17), 98, 110, 113, 114, 115, 116, 118, 129, 137 (s. Inf.-Reg. Nr. 17), 142, 143, 145, 147 bis einschl. 152, 154 bis einschl. 161, 164, 165, 166, 168, 169, 176, 329, 330, 331, 334, 341, 352, 357, 361, 369, 375. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 7, 8, 9, 11, 16, 17, 24, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 39, 55, 59, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 74, 79, 82, 83, 84, 87, 90, 91, 109, 110, 111, 116, 118, 209 bis einschl. 216 (s. Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 39), 268. Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 1 (s. Inf.-Reg. Nr. 329), 7 (s. Inf.-Reg. Nr. 352), 29, Vott (s. Inf.-Reg. Nr. 331), Keller (s. Inf.-Reg. Nr. 375). Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 9, 10, 18, 23, 27, 29, 31, 37, 39, 46, 49, 51, 52 (s. Inf.-Reg. Nr. 334), 53, 71, 72, 74, 75, 85 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 79), 87, 89, 116, 350. Landw.-Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 5 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 350). Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 7 und 8. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 16 (s. Inf.-Reg. Nr. 361), 58, 82, 84 (alle drei s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29). Landw.-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 13 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landst.-Inf.-Bataillone: I Königsberg, Marienburg, III Münster, Posenburg. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: 3. Karlsruhe, Mainz, 4. Saarbrücken, 4. Saarlouis, 2. des 20. Armeekorps. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Vot. Nr. 2 des 16. Armeekorps. Etappen-Pfist-Kompagnien Nr. 25 und 26. Etappen-Sammel-Komp. Nr. 11. Jäger-Bataillone Nr. 1, 2, 5, 7, 9, 14; Ref.-Bat. Nr. 6. Maschinengew.-Abt. Nr. 2; Feld-Maschinengew.-Jäger Nr. 109 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 39), 191 (s. Inf.-Reg. Nr. 150).

Kavallerie: Ref.-Garde-Ulanen; Kürassiere Nr. 5 und 7; Dragoner Nr. 1, 2, 4, 5, 12, 16, 23; Husaren Nr. 6, 11, 12, 13; Ref.-Ulanen Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 7 und 10.

Feldartillerie: 7. Garde-Regiment; Regiment Nr. 5, 10, 23 (s. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 50), 31, 42, 51, 56 (s. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 50), 57, 59, 61, 66, 73, 74, 80, 86, 90, 99, 108, 205, 213, 217; Ref.-Regiment Nr. 14, 21, 46, 50, 59, 61, 64, 65, 70.

Fußartillerie: Garde-Reg. (s. Fußart.-Vot. Nr. 364); Regiment Nr. 1, 9, 13, 14, 16, 20; Ref.-Regiment Nr. 5, 6, 8, 14, 17, 18; Landw.-Reg. Nr. 11; Landw.-Vot. Nr. 20 (s. Fußart.-Vot. Nr. 369); Batterien Nr. 115, 118, 223, 240, 328, 359, 364.

Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 20, 25, 29; Bataillone: II Nr. 10, I. Nr. 16, I. Nr. 26; Ref.-Bat. Nr. 33; Komp. Nr. 308; Ref.-Kompagnien Nr. 52, 55, 88; Abteilung der 5. Kav.-Div. Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 37 und 39.

Verkehrstruppen: Landw.-Eisenbahnbau-Komp. Nr. 1. Feldfliegertruppe. Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 78.

Train: Train-Abteilungen Nr. 6 und 9. Staffelführer Nr. 145 und 398. Fuhrparkkolonne Nr. 30 der 103. Inf.-Div.; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 87 der Rjemen-Armee, Nr. 4 der Armeegruppe Woyrich, Nr. 54 des 9. Armeekorps, Nr. 58 der Etappe Gallwitz; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 3 der Bug-Armee.

Runitionskolonnen: Inf.-Runitionskolonnen Nr. 4 des 4. und Nr. 1 des 10. Armeekorps; Art.-Runitionskolonnen Nr. 1 der 107. Inf.-Div.; Fuhrart.-Runitionskolonnen Nr. 3 (s. Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 39).

Sanitätsformationen: Feldlazarett Nr. 9 des 8. Armeekorps und Nr. 2 der 107. Inf.-Div.; Ref.-Feldlazarett Nr. 114. Artillerie-Bataillone und Straßenbau-Kompagnien. Artilleriedepot Straßburg i. E.

Die Liste Nr. 3 der aus Frankreich zurückgekehrten preussischen Austauschgefangenen (Sanitäts-Personal) wird veröffentlicht.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 195, deren Inhalt am Sonntag mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die sächsische Verlustliste Nr. 196 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 177, 178, 181, 182, 183; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 183, 242; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 101, 104, 133; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19; Landst.-Bataillone: Zittau (XII. 7), Chemnitz (XIX. 12); Landst.-Erf.-Bataillone: 12. Armeekorps (XII. 11), XII. 13; Erf.-Bataillon: Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101; Maschinengew.-Zug Nr. 134; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 69; Feldart.-Regimenter Nr. 12, 28, 32, 48, 64, 68, 77, 78, 245; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 23, 24, 40, 53, 54; Erf.-Abt. des Feldart.-Reg. Nr. 48; Landst.-Batterien des 12. und 19. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 268 bringt Verluste der Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 122, 123; Inf.-Reg. Nr. 126; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 126; 1., 2. und 3. Feld-Pionier-Komp.; 3. Landw.-Pion.-Komp.; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus aller Welt.

Gegen die „Wahrjager“.

Die „geheimnisvolle“ Kunst des Wahrjagens hat in der Kriegszeit sich zur höchsten Blüte entwickelt. Denn noch immer gibt es leider einfältige Menschen, besonders Frauen, die glauben ihr Schicksal aus Kaffeesch oder Eidotter deuten lassen zu können. Erfreulicherweise greifen hier und da die Behörden energisch ein, um die Armen im Geiste nicht nur vor materiellem, sondern oft auch seelischem Schaden zu bewahren.

Einer in Neuz wohnenden Phrenologin war eine Verfügung des Oberbürgermeisters zugestellt worden, wonach ihr jedes gewerbsmäßige Wahrjagen sowie jede Ankündigung des Wahrjagens bei Androhung von Strafe für den Einzelfall verboten wurde. Der Bezirksausschuß in Düsseldorf hat nunmehr die hiergegen anhängig gemachte Klage abschlägig beschieden. Der Ausschuß war in Uebereinstimmung mit dem Oberverwaltungsgericht der Ueberzeugung, daß das gewerbsmäßige Wahrjagen ein grober Unfug sei, geeignet, dem Uberglauben Vorstoß zu leisten, die guten Sitten zu gefährden und der ärmeren Bevölkerung für wertlose Enthüllungen der Zukunft das Geld aus der Tasche zu locken. Die Polizeiverfügung bestche deshalb vollkommen zu Recht.

So wie in Neuz sollte überall vorgegangen werden. Es ist tiefbedauernd, daß selbst in Großstädten dem Publikum noch jene kleinen Reklamezettel in die Hand gedrückt werden können, auf denen so eine moderne Pythia einladet, sich von ihr die Zukunft voraussagen zu lassen.

Aus Seest gestet. Eine weitere Tat wurde von der Mannschaft des Fährschiffes „Friedrich Franz“, das mit Gütern nach Gjedser unterwegs war, und von Warnemünde Votfen am Sonnabend früh vor Warnemünde ausgeführt. Der schwedische Gaffelshoner „Silverig“, mit Salz von Lübeck nach Schweden unterwegs, war in der stürmischen See vollständig hilflos geworden. Brecher tollten fortwährend über das Schiff hinweg, dessen Tafelgale zum Teil über Bord gegangen war, so daß die Mannschaft den Untergang vor Augen hatte. Trotz der schweren See näherte sich das Fährschiff dem Schoner und setzte das Rettungsboot aus, das zwei Mann der Besatzung übernahm. Der Steuermann wollte das Schiff zunächst nicht verlassen, weil der Kapitän krank in der Kabine lag. Nachdem das Rettungsboot wieder umgekehrt war, wollte der Steuermann doch auch geborgen werden. Alle unter höchster Gefahr unternommenen Versuche, wieder an den Schoner heranzukommen, blieben jetzt aber vergeblich, so daß schließlich der Kapitän der Fährer das Boot anwies Kurs nach Warnemünde zu nehmen. Auch die Fährer kehrte um, damit für die beiden noch an Bord befindlichen Leute Rettung herbeigerufen werden konnte. Oberlothe Borgwardt und verschiedene Leuten erklärten sich bereit, mit ihrem Boot in See zu gehen. Den mutigen Leuten gelang auch das schwere Rettungsboot. In zweistündigem Kampfe mit der See konnten sie die beiden Leute von dem Schoner holen, der bereits zwei Fuß Wasser im Raume zeigte. Der Schoner trieb weiter und strandete schließlich bei Neuhäus.

Ein furchtbares Verbrechen wurde, wie der „Vot a. d. Riesenberge“ meldet, auf dem Vorwerk Neuhof bei Gabersdorf im Kreise Blag durch eine Frau verübt. Diese erstickte ihrer einzigen Wochen altenes Kind, um es zu beseitigen, ehe der Mann zurückkehrte. Der einzige Zeuge des Verbrechens war ihr anderer Sohn, ein acht Jahre altes Kind. Um auch diesen Zeugen zu beseitigen, beschloß die Rabenmutter, das Kind zu ermorden. Sie ging mit dem Knaben nach dem Walde am Roten Berg und tötete dort das Kind durch zahlreiche Messerstiche. Der furchtbar verstümmelte Leichnam des Knaben wurde noch am selben Tage aufgefunden und die bestialische Mutter verhaftet. Es handelt sich um eine galizische Dominalarbeiterin Dumczet, deren Mann in Oesterreich zum Seeresdienst einberufen ist.

Parteiveranstaltungen.

4. Kreis. Jugendsektion. Am Mittwoch, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21, eine Versammlung der jungen Mitglieder des Wahlkreises im Alter von 18 bis 21 Jahren statt. Tagesordnung: 1. Dritter Vortrag des Genossen Peters über: Die materialistische Geschichtsauffassung. 2. Diskussion.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 2, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Verlässliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnennungsangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. 37. Wenn der Austritt aus der Landeskirche an dem von Ihnen angegebenen Tage bereits vor dem Amtsgericht erfolgt ist, brauchen Sie für 1915 keine Kirchensteuer mehr zu zahlen. — Torgau Nr. 11. 1. Ja. Beide Zeichnungen gibt es nicht, sie können nicht richtig wiedergegeben sein. — W. 8. 100. Ob jemand aus dem Felde zurückkommt oder nicht, ist unerblich. Die höchste Löhnung muß für alle Lazarettkranken gezahlt werden.

W. 2. Lucania. Die erhöhte Löhnung soll vom 1. September rückwirkend gezahlt werden. — W. 8. 86. Als Deutscher Kaiser bekommt Wilhelm II. nichts. Als König von Preußen bezieht er eine sogenannte Pensionsrente, die bis zum Jahre 1910 15 719 296 M. betrug. Im Jahre 1910 wurde die Pensionsrente um 2 Millionen Mark erhöht, wozu noch 1/4 Millionen Mark Beihilfe zur Entlastung der Kronkassen kamen. Am ganzen Betrag also jetzt die Summe 19 219 296 Mark.

W. 17. Es würde sich empfehlen, ein ärztliches Attest bei der Stellung mit vorzulegen. Die Entscheidung aber liegt beim Militärarzt. Nach Ihrer Darstellung aber besteht doch kaum die Aussicht, daß Sie für dienstfähig erachtet werden. — W. 8. 85. Sie müssen beim zuständigen Amtsgericht Antrag auf Austritt aus der Kirche stellen. — W. 8. 207. 1. Ihr Ableben wird im Grunde nicht verhängt. Die Anmeldung hat erst an dem von der Gemeindeförderung zu bestimmenden Tage zu erfolgen.

2. Das können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, wahrscheinlich aber nicht. — W. 8. 6342. Da der Vertrag auf Ihren Namen geht, haften Sie allein für den Vertrag. Sie könnten also mit dem Hauswirt nur eine Einigung erzielen, wonach er Sie vom Verträge entbindet. — W. 8. 2324. 1. Ja. 2. Auch bei teilweiser Invalidität. 3. Ja. 4. Der Verdienst hat keinen Einfluß auf die Militärinvalidenrente. 5. Nein. — W. 8. 293. 1. Senden Sie sich an irgendeinen Photographen. 2. Landsturmpflichtig; Krankheiten der Unterleibsorgane und der Harnorgane. — W. 8. 38. Die Reklamation erscheint wenig aussichtsreich. Sie wäre vor der Kulturung an den Zivilvorständen der Erfassungskommission zu richten. — Otto 8. 1876. Die Buchstaben sind von Ihnen jedenfalls nicht richtig wiedergegeben. Sie bedeuten: Landsturm ohne Waffe, Arbeitslos. — W. 8. 3. Sie müssen sich melden. — W. 8. 100. Reutönn 100. Kriegsverwendungslos. — Kottbus. Krankheit des Ohres. — W. 8. 16. Senden Sie sich an die Gesundheitspolizei, Berliner Polizeipräsidium. — W. 8. 54. Sie müssen sich unter Einreichung Ihres Unterhaltungscheines und eines Ausweises, daß Ihr Mann sich im Lazarett befindet (also etwa eines Briefes von Ihrem Manne) an die Eisenbahndirektion wenden. — W. 8. 69. Dienstausschlag, herkrank. — W. 8. 88. Das Testament ist in der Form rechtsgültig. — W. 8. 979 964. 1. An die Bataillonskasse. 2. Ja. — W. 8. 98. Ja. Auskunft erhalten Sie am besten im Kriegsministerium. — Schneider 1000. Strafe und Fürsorgeziehung erfolgt dafür nicht. Sie werden höchstens die Unkosten zahlen müssen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstagmittag. Vielwolke heiter, aber noch veränderlich und im Osten vielfach leichte Regenschauer; am Tage kühl, in der Nacht stellenweise, besonders im Westen, leichter Frost.

Schlächtergesellen In Freien Stunden

werden noch verlangt vom Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Fleischer, Eiltadtsstr. 11 II. Wiedlung von 5 1/2—12 und 5—8 Uhr.

Spezialarzt

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Dr. med. Karl Reinhardt. Institute: zwischen Dresdener und Annenstraße. Prinzenstr. 64. Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11. Potsdamer Str. 117. a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2, 11-2 u. 1/2, 8-1/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1. Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.